

Ein Dossier von Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst
in Zusammenarbeit mit der Redaktion WELT-SICHTEN.

Klimagerecht in ein neues Abkommen

Dem Klimawandel und seinen Folgen entschieden begegnen

Brot
für die Welt

Brot für die Welt –
Evangelischer
Entwicklungsdienst

Fischer mit Holzboot in einer
überfluteten Region in der Nähe von
Shyamnagar in Süd-Bangladesch.
Hier sind die Auswirkungen des
Klimawandels besonders zu spüren.

Foto: Frank Schultze / Brot für die Welt





Cornelia Füllkrug-Weitzel
ist Präsidentin von Brot für die Welt.

Liebe Leserinnen und Leser,

der Klimawandel bringt sich in immer kürzer werdenden Abständen in Erinnerung – zuletzt mit der Flut in Mitteldeutschland und dem Taifun „Haiyan“, der die Philippinen so verheerend getroffen hat. Zwar lässt sich von keinem einzigen extremen Wetterereignis mit Sicherheit behaupten, dass es ohne den Klimawandel nicht eingetreten wäre. Doch gibt es genug wissenschaftliche Belege dafür, dass der erhöhte Treibhausgasausstoß unser Klima verändert und in der Folge Wetterextreme weiter zunehmen werden.

Den Armen und Schutzbedürftigen sowie künftigen Generationen als den Hauptleidtragenden des Klimawandels gilt unsere Sorge. Empathie allein reicht aber nicht aus – internationale Solidarität, die sich niederschlägt in wahrhaft ambitionierter Klimapolitik, ist dringender denn je geboten.

Wir stehen an einem Scheideweg, denn die Staatengemeinschaft nimmt nach dem Scheitern von Kopenhagen 2009 nun ein zweites Mal Anlauf für ein Klimaabkommen, das 2015 vereinbart werden und 2020 in Kraft treten soll. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung in Nord und Süd, dieser Herausforderung konstruktiv zu begegnen und entschlossene Schritte in eine kohlenstoffarme Zukunft und bessere Welt zu unternehmen.

Nun sind Vorreiter und Vorbilder gefragt, nicht Blockierer und Zögerer. Ein globales Klimaabkommen muss nicht nur die Treibhausgas-Emissionen begrenzen und die Verantwortung dafür fair und gerecht verteilen. Es muss auch gewährleisten, dass sich die Entwicklungsländer an die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels anpassen können und bei der Bewältigung von klimabedingten Schäden unterstützt werden. Gemeinsam mit unseren globalen Partnern setzt sich Brot für die Welt dafür ein, die Ziele hoch zu stecken.

Mit besten Grüßen

3 Die Welt am Scheideweg

Die internationale Klimapolitik mit neuem Pragmatismus aus der Sackgasse führen
Thomas Hirsch

6 „Das Zwei-Grad-Limit ist noch zu schaffen“

Interview mit dem Klimaexperten und deutschen Chefverhandler auf den UN-Klimagipfeln, Karsten Sach

8 „Es fehlt der politische Wille“

Der Gambier Pa Ousman Jarju kämpft für Klimagerechtigkeit für die armen Länder
Joachim Wille

9 Krisen und Katastrophen meistern

In Zeiten des Klimawandels wird Resilienz zunehmend wichtiger
Peter Rottach

13 Die Kenntnisse von Kleinbäuerinnen nutzen

Frauen müssen an der Gestaltung der Anpassung an den Klimawandel teilhaben können
Carsta Neuenroth

14 Klimawandel und Migration

Die Folgen des Klimawandels treiben Menschen in die Flucht
Sophia Wirsching

16 Risikopoker

Bei den Klimaverhandlungen zeigen entwickelte Staaten, dass sie die Politik bestimmen
Md Shamsuddoha

19 Zusätzliches Einkommen erwirtschaften

Klimaschutzprojekte mindern Emissionen und fördern Entwicklung
Kirsten Gade

20 Ein kohlenstoffarmes Indien in einer Welt des Klimawandels

Anregungen für ein neues Entwicklungsparadigma
Nafisa Goga D'Souza

22 Internationale Flugemissionen

Über den Wolken darf die Freiheit nicht grenzenlos sein
Sabine Minninger



Die Welt am Scheideweg

Die internationale Klimapolitik mit neuem Pragmatismus aus der Sackgasse führen

| Thomas Hirsch

Die Hälfte der insgesamt vierjährigen Verhandlungszeit über ein neues globales Klimaabkommen ist bereits verstrichen, die Erfolge, die die Klimadiplomatie vorzuweisen hat, sind gering. Was ist zu tun, um die anhaltenden Blockaden zu überwinden? Von ideologischen Frontstellungen gilt es auf jeden Fall Abschied zu nehmen. Die ambitionierten Länder aus Nord und Süd müssen sich zusammentun, um gemeinsam voranzuschreiten und den Klimawandel einzudämmen.

Durch die Naturkatastrophen der letzten 30 Jahre sind weltweit zweieinhalb Millionen Menschen ums Leben gekommen und Schäden von 3,8 Billionen US-Dollar entstanden, so das Versicherungsunternehmen Münchener Rück. Drei Viertel dieser Verluste gehen auf Wetterextreme zurück – und der Trend weist nach oben: Lag das jährliche Schadensvolumen in den 1980er Jahren noch bei zirka 50 Milliarden US-Dollar, so hat es sich in der letzten Dekade auf 200 Milliarden vervierfacht.

Aus den Daten des Rückversicherers geht hervor, dass die wetterbedingten Schäden in den Schwellenländern aufgrund der dort schnell gewachsenen Infrastruktur inzwi-

Während des Weltklimagipfels 2013 in Warschau studieren Konferenzteilnehmer im US-Pavillon die weltweiten Klimaveränderungen.

schen am größten sind – bis zu zehnmal höher als in Industrieländern. In den Jahren 2001 bis 2006 beliefen sich diese Schäden bereits auf ein Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE). Nicht in absoluten Zahlen, wohl aber relativ zu ihrer volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, waren die Verluste in den am wenigsten entwickelten Ländern jedoch ungleich höher. So verursachte der Hurrikan Tomas 2010 auf der Karibikinsel St. Lucia Zerstörungen, die sich auf 43 Prozent des BNE beliefen, während die Dürre 2008-2011 am Horn von Afrika in der Spitze bis zu 13,3 Millionen Menschen hungern ließ.

Zwar kann kein einzelnes Extremereignis direkt auf den Klimawandel zurückgeführt werden. Jedoch kommt der vom Weltklimarat IPCC im März 2012 veröffentlichte Bericht zur Gefährdung durch Wetterextreme zu dem Ergebnis, dass die Intensität von Unwettern, Dürren und Überschwemmungen infolge des Klimawandels zunimmt. Der im November 2013 veröffentlichte 5. Fortschrittsbericht des IPCC zu den neuesten naturwissenschaftlichen Grundlagen des Klimawandels, an dem 259 Autoren aus 39 Ländern mitgewirkt haben, unterstreicht, dass es keinen wissenschaftlich begründeten Zweifel an der globalen Erwärmung mehr gibt und die seit den 1950er Jahren beobachteten Klimaveränderungen ohne Beispiel in der jüngeren Erdgeschichte sind.

| Klimadiplomatie: kaum Fortschritte

Die Weltbank unter ihrem neuen Präsidenten Jim Yong Kim hatte bereits im November 2012 in einem aufsehenerregenden Bericht eindringlich darauf hingewiesen, dass die globale wirtschaftliche Entwicklung extrem gefährdet sei, wenn es nicht gelinge, die Erderwärmung wirkungsvoll einzudämmen. Während des Warschauer Klimagipfels im November 2013 legte die Weltbank mit der Veröffentlichung einer Studie zu den zunehmenden Schäden durch Wetterextreme nach. Die Welt könne es sich angesichts so tragischer Ereignisse wie des Supersturms Hayian, der auf den Philippinen eine Fläche annähernd so groß wie Bayern verwüstet hat, nicht länger erlauben, Maßnahmen zum Klimaschutz sowie zur Verbesserung der Katastrophenvorsorge und der Klimaanpassung aufzuschieben.

Damit ist klar umrissen, was aus Sicht der Wissenschaft sowie von Entwicklungsexperten gegen den Klimawandel zu tun ist. Indes bleiben die Fortschritte in der Klimadiplomatie der Vereinten Nationen, die mit der Verabschiedung der Internationalen Klimarahmenkonvention (UNFCCC) anlässlich des Erdgipfels von Rio 1992 seinen Ausgang nahm, weiter hinter den Erfordernissen zurück. Zwar verpflichteten sich im bereits 1997 vereinbarten Kyoto-Protokoll die Industrie-



Foto: Oxfam International | (CC BY-NC-ND 2.0)

länder erstmals völkerrechtlich bindend darauf, ihre Treibhausgas-Emissionen gegenüber 1990 zu reduzieren beziehungsweise zumindest deren Anstieg zu begrenzen. Jedoch fielen die Emissionseinsparungen viel zu gering aus und in den Folgejahren scherten immer mehr Länder aus dem Vertrag aus.

So haben die USA das Abkommen niemals ratifiziert, Kanada stieg 2011 aus und inzwischen haben auch Russland und Japan erklärt, sich an der zweiten Verpflichtungsperiode des Protokolls, die 2013 begonnen hat, nicht mehr beteiligen zu wollen. Beim Klimagipfel 2013 sorgte schließlich die Ankündigung von Japan und Australien, bereits zugesagte freiwillige Klimaziele zurückzunehmen, für weiteren Unmut. Die Europäische

Union hat ihr bereits 2008 beschlossenes, niedriges Treibhausgas-Minderungsziel von minus 20 Prozent für den Zeitraum 1990 bis 2020 zwischenzeitlich nicht erhöht, obwohl dies schon allein aufgrund der Emissionseinsparungen durch die Wirtschaftskrise 2008/2009 ohne größere Anstrengungen möglich gewesen wäre. Kein Industrieland kann heute klimapolitische Vorreiterschaft beanspruchen.

Entsprechend nachvollziehbar erscheint deshalb zunächst die ablehnende Haltung der Schwellenländer, sich selbst auf verbindliche Treibhausgas-Minderungsziele festlegen zu lassen. Dennoch ist dies dringend nö-

Zahlreiche Umwelt- und Entwicklungsorganisationen verlassen in Warschau geschlossen das Konferenzgebäude. Die Aktion will ein Zeichen setzen gegen das fehlende Engagement der Regierungen bei den Klimaverhandlungen.

tig, denn auf die unter dem Kyoto-Protokoll klimapolitisch verpflichteten Industrieländer entfallen nur noch weniger als 15 Prozent der globalen Emissionen. Weil gerade die Emissionen der Schwellenländer in den nächsten Jahren stark steigen werden und etwa der historisch kumulierte Anteil der Emissionen Chinas bis 2025 auf demselben Niveau wie der der EU liegen wird – bei den aktuellen Pro-Kopf-Emissionen liegt China schon heute in etwa auf dem Niveau wie die EU –, wird deutlich: Der Klimawandel kann nur von der Staatengemeinschaft gemeinsam eingedämmt werden.

Nachdem in Kopenhagen 2009 der erste Versuch gescheitert war, ein globales Klimaabkommen unter Einschluss aller zu vereinbaren, wurde 2011 im südafrikanischen Durban beschlossen, einen zweiten Anlauf zu unternehmen. Er soll 2015 in Paris in Gestalt eines umfassenden Weltklimaabkommens zum Abschluss gebracht werden, das 2020 in Kraft treten soll. Inzwischen ist aber bereits mehr als die Hälfte der insgesamt vierjährigen Verhandlungszeit verstrichen und die Erfolge, die die Klimadiplomatie vorzuweisen hat, sind gering, gemessen an der komplexen Aufgabe, sowohl Klimaschutzziele als auch die Frage der finanziellen und technologischen Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Transformation in eine kohlenstoffarme und zugleich klimaresiliente Zukunft zu regeln.

Neuerliches Scheitern abwenden

Während die Zeit verstreicht, steigen global die Emissionen Jahr für Jahr, hat die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre seit Beginn der Klimaverhandlungen von 356 ppm (parts per million) in 1992 auf knapp über 400 ppm in 2013 zugenommen und steigt parallel die Fieberkurve der Erde. So wächst die sogenannte „Emissionslücke“, das heißt der Abstand der realen Emissionen zu den Emissionen, die bis 2020 höchstens auflaufen dürfen, um noch auf einem realistischen Pfad zu verbleiben, die globale Erwärmung auf zwei Grad zu begrenzen. Im Lichte dieser Entwicklung und erbost darüber, dass Polen als Gastgeberland parallel zum letztjährigen Klimagipfel ausgerichtet hat, haben Umwelt- und Entwicklungsorganisationen mit dem vorzeiti-

gen Verlassen des Klimagipfels ein Fanal gesetzt: Es reicht! So geht es nicht weiter!

Wie aber kann es stattdessen weitergehen, wie können die anhaltenden Blockaden überwunden werden und was wären Schritte, um ein neuerliches Scheitern in Paris abzuwenden? Aus Sicht von Brot für die Welt ist jetzt Pragmatismus und der Abschied von ideologischen Frontstellungen gefragt.

- Erstens: Ambitionierter Klimaschutz kann keinem Land aufgezwungen werden. Staaten werden nur dann handeln, wenn die Einsicht wächst, dass sich der Umstieg auf erneuerbare Energien und eine kohlenstoffärmere wirtschaftliche Wertschöpfung rechnen. Klimaschutz als Chance und nicht als Bürde zu begreifen, setzt allerdings voraus, dass Vorreitern echte Vorteile erwachsen, etwa indem die internationalen Entwicklungsbanken sehr schnell und sehr massiv ihre Investitionen von den fossilen auf die erneuerbaren Energien umschichten und Risikokapital im Umfang dreistelliger Milliardenbeträge bereitstellen. Während sich die Weltbank hierzu anschickt, steht ein vergleichbarer Strategiewechsel der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) noch aus.

- Zweitens: Die Welt braucht erfolgreiche Leuchtturmprojekte einer Transformation, das heißt überzeugende Pioniere, denen andere nachfolgen. Dies gilt für Länder ebenso wie für Unternehmen. Die strengen CO₂-Grenzwerte für den US-amerikanischen Automobilsektor sind hierfür ebenso eine mögliche Blaupause wie die deutsche Energiewende, die Anstrengungen Chinas zur schnellen Dekarbonisierung der industriellen, noch immer extrem kohlenstoffintensiven Wertschöpfung oder der Plan Costa Ricas, bis 2020 kohlenstoffneutral zu werden. Diesen Kurs beizubehalten und mit einer entsprechenden nationalen Ordnungs- und Investitionspolitik abzusichern, auch gegen wachsende Widerstände, ist unverzichtbar.

- Drittens: Die Klimapolitik ist zum Scheitern verurteilt, wird sie weiterhin als Konflikt zwischen Nord und Süd missverstanden oder instrumentalisiert. Das spielt lediglich den Blockierern in die Hände. Das menschliche Leid in Folge von Haiyan ebenso wie die über-

all auf der Welt wachsenden Klimaschäden, die die ärmsten und verwundbarsten Menschen am stärksten treffen, machen deutlich: Kein Land hat das Recht, eigene Untätigkeit mit dem klimapolitischen Versagen eines anderen Landes zu entschuldigen. Stattdessen müssen sich die ambitionierten Länder aus Nord und Süd zusammenschließen, um gemeinsam voranzuschreiten. Die Welt braucht Voreiterallianzen, keine Blockierer oder Zauderer. Hieran mitzuwirken, ist aus Sicht von Brot für die Welt eine zentrale Gestaltungsaufgabe für die Klima-, Außen-, Entwicklungs- und Umweltpolitik der neuen Bundesregierung. Dafür müssen erhebliche finanzielle Mittel in Höhe von mehreren Milliarden Euro pro Jahr bereitgestellt werden.

- Viertens: Klimakonferenzen bleiben unverzichtbar, denn sie sind der einzige Ort, an dem sich alle Länder auf Augenhöhe begegnen und gemeinsame Ziele und Regeln vereinbaren. Es gilt aber, Abschied zu nehmen von der Vorstellung (die das Scheitern von Kopenhagen mitverursacht hat), der UNFCCC-Prozess könne Länder „von oben“ zur nötigen Ambition zwingen. Das Abkommen von Paris, soll es gelingen, darf nicht überfrachtet werden und wird wohl eher eine Mischung von „Top down“ und „Bottom up“ beinhalten. Das heißt, ein verbindliches globales Klimaziel ebenso wie die Regeln für die Messung und regelmäßige Überprüfung von nationalen Treibhausgas-Minderungszielen sollten einheitlich geregelt werden, der Grad der völkerrechtlichen Verbindlichkeit nationaler Klimaziele könnte je nach Land aber abgestuft sein.

Weil der Klimawandel ungebremst voranschreitet und das Recht der Armen auf ein Leben in Würde gefährdet, bleibt Klimapolitik wichtiger denn je. Brot für die Welt wird sich in enger Kooperation mit dem internationalen Netzwerk ACT Alliance auch weiterhin einbringen – politisch ebenso wie auf der Projektebene und in der Öffentlichkeitsarbeit. | |



Thomas Hirsch
ist Entwicklungspolitischer
Beauftragter von Brot für die
Welt.

„Das Zwei-Grad-Limit ist noch zu schaffen“

Interview mit dem Klimaexperten und deutschen Chefverhandler auf den UN-Klimagipfeln, Karsten Sach

Herr Sach, der verheerende Taifun Haiyan auf den Philippinen hat viele Menschen schockiert. Sie fragen sich, ob die Klimakatastrophe überhaupt noch aufzuhalten ist...

Niemand kann sagen: Der Klimawandel war an diesem Taifun schuld. Aber das ist keine Entwarnung. Im Gegenteil. Die Klimaforscher warnen davor, dass sich extreme Wetterereignisse häufen. Stürme werden stärker, Dürreperioden intensiver, Überflutungen verheerender. Insofern ist Haiyan wieder einmal ein Fanal, das die Menschheit wachrütteln muss.

Aber schon seit über 20 Jahren, seit dem Erdgipfel in Rio, versucht die Weltgemeinschaft, den Klimawandel in den Griff zu bekommen. Ist das überhaupt noch drin? Der CO₂-Ausstoß wächst immer noch, statt zu sinken.

Es ist durchaus noch möglich, das Zwei-Grad-Erwärmungslimit einzuhalten. Das zeigen viele Studien. Außerdem bringt es Vorteile. Es kommt volkswirtschaftlich viel billiger, in den Klimaschutz zu investieren, als nichts zu tun – weil sonst die Schäden exorbitant werden. Das Problem ist: Das politische Handeln der Staaten wird immer noch zu sehr vom Kurzfrist-Denken bestimmt statt von einer langfristigen Perspektive, die den Wohlstand von morgen sichert. Wir haben im Moment zwei parallele Realitäten: einerseits traditionelle Produktionsweisen, andererseits sich rapide entwickelnde neue, nachhaltige Formen des Wirtschaftens. Zwischen den beiden gibt es einen Wettstreit.

Der Kyoto-Klimagipfel 1997 war ein Erfolg, es schien, die „neue Ökonomie“ bekomme freie Bahn. Der Kopenhagen-Gipfel 2009 aber, auf dem ein globales Nachfolgeprotokoll für alle Staaten geschlossen werden sollte, war ein Flop. Was kann man daraus lernen?

Kyoto war ein Erfolg, weil rechtlich verbindlich CO₂-Ziele für die Industrieländer festgelegt wurden. Das war ein Durchbruch: Erstmals wurde die freie Nutzung der Atmosphäre eingeschränkt. In Kopenhagen

Foto: BMU



Dr. Karsten Sach leitet im Bundesumweltministerium die Unterabteilung für Europäische und internationale Umweltpolitik. Seit 1999 ist er der deutsche Verhandlungsführer bei Vertragsstaatenkonferenzen der Klimarahmenkonvention und des Kyoto-Protokolls.

haben wir es nicht geschafft, dies auf alle Staaten zu übertragen. An dem Ziel müssen wir festhalten. Immerhin führte Kopenhagen aber dazu, dass sich die meisten Staaten nationale Ziele gesetzt haben oder daran arbeiten. Das Schwellenland China zum Beispiel hat angekündigt, den CO₂-Ausstoß pro Einheit des Bruttonationalprodukts um 45 Prozent zu senken. Mexiko hat sich sogar ein absolutes Klimaschutzziel für 2050 gesetzt. Dahinter stecken Anstrengungen, die denen der Industrieländer nicht nachstehen. Das wird in unserer Öffentlichkeit nur nicht wahrgenommen.

Das heißt: Alles auf gutem Weg?

Nein, das heißt es nicht. Gemessen am Zwei-Grad-Limit, reichen die Anstrengungen bei weitem nicht – weder bei den Industrien noch bei den Schwellenländern. Gerade in den Schwellenländern laufen aber intensive Diskussionen, den Klimaschutz national stark zu forcieren. Das eröffnet durchaus die Chancen, dass wie geplant 2015 in Paris ein

ambitioniertes Kyoto-Nachfolgeprotokoll geschlossen wird.

Aber zwei wichtige Industrieländer, Australien und Japan, haben ihre CO₂-Ziele gerade zurückgeschraubt – sie bleiben weit außerhalb des Zwei-Grad-Korridors.

Das beunruhigt mich sehr. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Klimaschutz. Ich hoffe, dass Australien und Japan den Kurs wieder korrigieren. Ich wünsche, dass möglichst viele Staaten schon beim UN-Klima-Sondergipfel im September 2014, zu dem UN-Generalsekretär Ban Ki-moon die Staats- und Regierungschefs eingeladen hat, ambitionierte CO₂-Ziele vorlegen werden.

Hoffen alleine wird nicht reichen...

Wir brauchen parallel zu den Klimagipfeln weitere politische Prozesse, die Druck aufbauen. Wenn die EU zum Beispiel im europäischen Rat im kommenden März ein ambitionierteres CO₂-Ziel für 2020 und eine neue Vorgabe für 2030 beschließt, dann ziehen wir andere mit.

Zurück zu den Klimagipfeln. Bei der Konferenz 2011 im südafrikanischen Durban hat eine Allianz zwischen der EU und den armen Entwicklungsländern den Durchbruch gebracht. Ohne sie hätte es den Beschluss, ein Kyoto-Nachfolgeprotokoll anzusteuern, nicht gegeben. Kann die „Durban-Allianz“ wiederbelebt werden?

Es gibt weiterhin gute Kontakte und eine enge Zusammenarbeit der EU mit den progressiven Entwicklungsländern. Die EU will die Allianz noch mehr mit Leben erfüllen. Sie möchte Länder im Süden, die konkrete Klimaschutzpläne entwickelt haben, finanziell unterstützen. Und im Frühjahr wird ein EU-Afrika-Gipfel stattfinden, bei dem es unter anderem um die Vorbereitung des Paris-Protokolls gehen soll.

Die Industrieländer sind seit der Finanzkrise extrem hoch verschuldet. Sind die 100 Milliarden US-Dollar Klimaschutz-Hilfen, die ab 2020

jährlich an die Entwicklungsländer fließen sollen, da überhaupt in Reichweite?

Deutschland jedenfalls hat seine bisherigen Zusagen voll erfüllt. Wir investieren pro Jahr 1,8 Milliarden Euro. Um das Vertrauen gerade der ärmsten Länder zu stärken, dass sie auf Hilfen zählen können, muss es mehr solche klaren Zusagen geben. Zudem brauchen wir mehr Klarheit über den Weg zu den 100 Milliarden US-Dollar sowie darüber, wie und welche öffentlichen und privaten Klimainvestitionen angerechnet werden. Wenn der Verdacht entsteht, dass die Debatte über dringend erforderliche verstärkte private Investitionen genutzt wird, um die Verantwortung der Regierungen wegzuschieben, dann erleiden wir Schiffbruch.

Wo soll das Geld herkommen?

Da werden verschiedene Quellen diskutiert. Zum Beispiel aus der Versteigerung von Emissionsrechten oder einer Devisen-Transaktionssteuer. Einige schlagen vor, Steuern oder Abgaben auf den internationalen Luft- und Schiffsverkehr einzuführen. Aber auch eine Erhöhung der Klimaschutz-Hilfen aus den Haushalten der Länder ist nötig. Wenn Deutschland seine jährlichen Zahlungen von derzeit 1,8 Milliarden Euro schrittweise erhöhen würde, hätte das aus meiner Sicht auch positive Auswirkungen für die innovative deutsche Industrie, die bei klimafreundlichen Technologien führend ist.

Die technische und finanzielle Unterstützung von armen und verwundbaren Ländern im Umgang mit schon heute auftretenden Klimaschäden – Stichwort „Loss and Damage“, Verluste und Schäden – hat auf den Klimagipfeln zunehmend an Gewicht gewonnen. Wie könnte hier eine Einigung aussehen?

Der jüngste Gipfel in Warschau hat dazu einen „Warschau-Mechanismus“ eingerichtet. Das ist ein großer Fortschritt. Es geht hier allerdings nicht zuerst darum, einen weiteren globalen Finanztransfer für Katastrophenhilfe zu organisieren. Der „Mecha-

nismus“ hat die Aufgabe, die Hilfeleistung noch zu verbessern und zu koordinieren. Vordringlich ist es, dass die Entwicklungsländer Strukturen und Institutionen schaffen, um die betroffenen Bevölkerungsgruppen – etwa Kleinbauern, die unter einer Dürre leiden – früher warnen und ihnen effektiver helfen zu können. Zum Beispiel durch den Aufbau von Versicherungen, in die die Bauern einzahlen, aber auch Zuschüsse aus internationalen Finanztöpfen sind denkbar.

Auch Deutschland muss sich auf den Klimawandel einstellen...

Es trifft auch Deutschland, in der Tat. Denken Sie an die „Jahrhundertfluten“ – im letzten Jahrzehnt hatten wir

schon drei davon. Trotzdem ist klar: Die armen Entwicklungsländer und die kleinen Inselstaaten trifft es härter, und sie werden es viel schwerer haben, sich an den Klimawandel anzupassen. Und das wird Folgen für den Rest der Welt haben – etwa durch größere Flüchtlingsströme. Es ist ein wirklich globales Problem. Weltbank-Präsident Jim Yong Kim hat zu Recht festgestellt: Ohne

„Die armen Entwicklungsländer und die kleinen Inselstaaten trifft es härter.“



Foto: Jamie Henn/350.org (CC BY-NC-SA 2.0)

Demonstranten in den Straßen Warschau bekunden ihre Solidarität mit den Philippinen. 10.000 Menschenleben hat der Taifun Haiyan dort gekostet.

massive Investitionen in klimaverträgliches Wirtschaften und in die Anpassung an das veränderte Klima wird es kein Wirtschaftswachstum mehr geben.

Viele Kritiker sagen: Man sollte die Klimagipfel abschaffen, sie gehen zu langsam voran. Was sagen Sie denen?

Es reicht nicht, einfach die großen Verschmutzer an einen Tisch zu setzen. Auch die Länder, die hauptsächlich Opfer sind und bereits jetzt verheerende Schäden durch den Klimawandel erleiden, müssen mitreden können. Ein globales Problem braucht ein globales Forum.

Trotzdem bringen die Gipfel zu wenig Druck.

Die Klimagipfel allein reichen auch nicht. Es muss Vorreiter geben, die alleine und in Koalitionen mit anderen ähnlich denkenden Ländern vorangehen. Erst die können genügend Dynamik erzeugen, um die Gipfel ambitionierter und effektiver zu machen. | |

Interview: Joachim Wille

„Es fehlt der politische Wille“

Der Gambier Pa Ousman Jarju kämpft für Klimagerechtigkeit für die armen Länder

| Joachim Wille

Die vom Klimawandel besonders betroffenen Länder benötigen finanzielle Mittel, damit sie sich gegen extreme Wetterereignisse wappnen können und im Schadensfall schnelle Hilfe möglich ist. Einer, der sich dafür einsetzt, ist Pa Ousman Jarju. Er war bei den Weltklimagipfeln Verhandler der Gruppe der ärmsten Länder.

In Gambia ist der Klimawandel längst spürbar. Der steigende Meeresspiegel bedroht die Küsten, Meter um Meter wird das Land verschluckt. Die Fischer leiden darunter, aber auch zum Beispiel der Tourismus, denn küstennahe Hotels drohen ihre Strände zu verlieren. Zudem gefährdet er die Wasserversorgung von küstennahen Städten, weil das Grundwasser durch das hereindrückende Salzwasser unbrauchbar wird. Und die Felder, auf denen oft Reis angebaut wird, werden immer trockener. Der Grundwasserspiegel sinkt, weil weniger Regen fällt.

„Der Klimawandel verschärft die Probleme, die wir ohnehin haben – wie Bevölkerungswachstum und Landflucht“, sagt Pa Ousman Jarju. Der Gambier ist Verhandler auf den jährlich stattfindenden Weltklimagipfeln, und er weiß, wovon er spricht. Jarju leitet nicht nur das Nationale Komitee für Klimawandel seines Landes, sondern im Hauptberuf auch das Amt für Wasserressourcen der Regierung. Er hat maßgeblich mit dafür gesorgt, dass Projekte zur Verbesserung der Wasserversorgung aufgelegt wurden, um die Folgen des Klimawandels abzumildern. So wurden zahlreiche Brunnen angelegt, in denen Wasser mit Solarpumpen statt mit herkömmlichen Diesel-Generatoren gefördert wird. Aus den so befüllten Tanks können sich die Menschen an öffentlich zugänglichen Hähnen mit Trinkwasser versorgen.

Gambia versucht sich auf die Probleme einzustellen. Nicht nur durch besseres Wassermanagement, sondern auch zum Beispiel durch bodenschonende Ackerbaumethoden

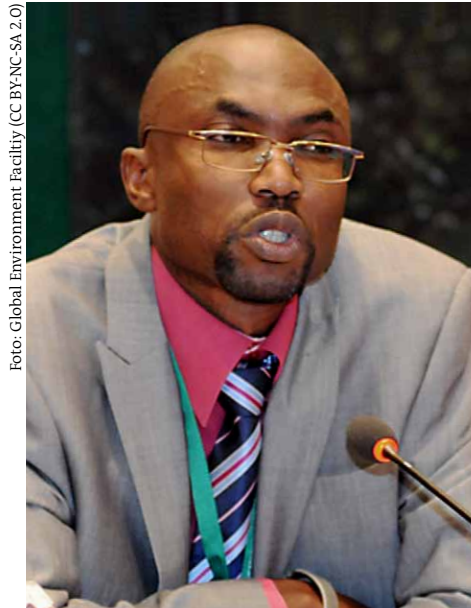


Foto: Global Environment Facility (CC BY-NC-SA 2.0)

Pa Ousman Jarju leitet in Gambia das Nationale Komitee für Klimawandel und hauptberuflich das staatliche Amt für Wasserressourcen.

und Umstellung auf Nutzpflanzen, die besser mit der Trockenheit zurechtkommen. Viele Länder aus der Gruppe der 48 ärmsten Staaten der Welt (LDC) – Gambia zählt dazu – haben Nationale Aktionsprogramme zur Anpassung (NAPAs) aufgestellt, um die schon nicht mehr abzuwehrenden Klimaveränderungen in den Griff zu bekommen. Kambodscha zum Beispiel legt den Schwerpunkt ähnlich wie Gambia auf die Stabilisierung von Wasserversorgung und Landwirtschaft. Angola will seine Fischerei anpassen, Samoa die Infrastruktur besonders von Gemeinden ausbauen, die schwerpunktmäßig vom Tourismus leben.

| Schnelle Hilfe im Schadensfall

Es müsse schnell gehandelt werden, sagt Jarju, der Chefverhandler für die LDC-Gruppe bei den Klimagipfeln war. Das Bewusstsein dafür sei in allen Staaten vorhanden. „Wir sind bereit, etwas zu tun“, so der Gambier. Doch die Finanzierung ist ein Problem. Beim jüngsten Weltklimagipfel in Warschau forderten die LDC für die bereits konzipierten NAPA-Projekte 1,4 Milliarden US-Dollar

(rund eine Milliarde Euro). Die Chefin des UN-Klimasekretariats, Christiana Figueres, unterstützte sie. Es sei klar, dass die ärmsten Länder stärkere finanzielle Hilfe bräuchten, sagte sie. Die LDC-Forderungen zielen auf den Plan, den besonders betroffenen Ländern unter dem Stichwort „Loss and Damage“ (klimabedingte Verluste und Schäden) Mittel zukommen zu lassen, damit sie sich gegen extreme Wetterereignisse wie Wirbelstürme, Überflutungen oder Dürren wappnen können und im Schadensfall schnell geholfen werden kann. Ein auf dem Gipfel beschlossener „Warschau-Mechanismus“ soll dies nun voranbringen.

Jarju ist sicher: Die Industrieländer könnten durchaus genug Geld für „Loss and Damage“ sowie die von ihnen bereits fest versprochene Finanzierung für Klimaschutz und Anpassung aufbringen, die bis 2020 auf rund 100 Milliarden US-Dollar jährlich anwachsen soll. „Es fehlt nur der politische Wille“, kritisiert er – und zieht einen Vergleich: In anderen Fällen, etwa nach Ausbruch der globalen Finanzkrise 2008 und in der aktuellen Euro-Krise, hätten sie ganz kurzfristig riesige Geldsummen mobilisiert. Dabei liege die Verantwortung der Industriestaaten als Hauptverursacher des Klimawandels doch auf der Hand. „Unsere Emissionen haben die Probleme nicht ausgelöst.“

Die UN-Klimagipfel bringen nur langsame Fortschritte. Jarju sieht trotzdem keine Alternative. Für die 100 ärmsten Länder der Erde, in denen 1,4 Milliarden Menschen leben, sei der UN-Prozess die einzige Chance. „Ohne ihn haben wir kein Forum, um Druck zu machen, damit wir überleben können.“



Joachim Wille

ist Umweltjournalist, unter anderem für Frankfurter Rundschau, klimaretter.info, Bild der Wissenschaft, zeo2.

Krisen und Katastrophen meistern

In Zeiten des Klimawandels wird Resilienz zunehmend wichtiger

| Peter Rottach

Resilienz ist ein neues Schlagwort in der Diskussion über die Anpassung an den Klimawandel. Eine neue Erfindung ist sie allerdings nicht, denn Menschen haben zu allen Zeiten und in allen Kulturkreisen versucht, Risiken abzuschätzen und sich möglichst gut auf künftige Widrigkeiten einzustellen. Was bringt eine auf Klimaresilienz ausgerichtete Entwicklungsplanung und wie kann sie aussehen?

Der Frust saß offensichtlich tief. Ein Teilnehmer aus Tansania ließ ihm bei einer Sitzung des kirchlichen Bündnisses für Humanitäre Hilfe und Entwicklung ACT (Action by Churches Together) freien Lauf: „Letztendlich machen wir heute das, was wir schon immer gemacht haben, nämlich ländliche Sozialarbeit. Erst hieß das nachholende, dann partizipative, dann nachhaltige Entwicklung. Heute nennen wir es ‚Resilienz‘“, sagte er. „Inhaltlich ändert sich nur wenig. Der einzige Unterschied zu früher ist, dass sich die Rahmenbedingungen für die Menschen ständig verschlechtern. Die Regenzeiten werden immer unzuverlässiger, Preise für Lebensmittel steigen und immer mehr Katastrophen bestimmen den Alltag.“

Während „Resilienz“ in der Psychologie und Sozialpädagogik schon seit langem ein Thema ist, hat sie erst in den vergangenen Jahren die Diskussionsforen der humanitären Hilfe und die Debattierclubs der Anpassung an den Klimawandel erobert. Mittlerweile ist sie zu einem neuen Schlagwort geworden. Doch kann sie die Suche nach neuen Wegen im Katastrophenschutz, in der Anpassung und in einer menschengerechten, sozial ausgewogenen Entwicklung positiv befruch-

Ein indonesischer Reisbauer präsentiert bei einer Schulung verschiedene Reissorten. Genetische Vielfalt erhöht die Chancen, Sorten zu entwickeln, die den sich verändernden klimatischen Rahmenbedingungen angepasst sind.

ten? Oder ist sie, wie der Kollege aus Tansania andeutet, lediglich neuer Wein in alten Schläuchen?

Zunächst scheint es, als mache sich in staatlichen und nicht-staatlichen Hilfswerken ein neuer Pragmatismus breit. „Wenn wir schon das Schlimmste nicht verhindern können, wollen wir doch menschliches Leid auf ein Minimum reduzieren“, könnte das Motto der Resilienz-Protagonisten lauten. Kaum einer spricht noch von den hochfahrenden Zielen der Vergangenheit, die mit dem Ruf nach globaler Gerechtigkeit und der Vorstellung einer Welt ohne Armut, Hunger und Katastrophen einhergingen. Ist Bescheidenheit an die Stelle visionärer Modelle und Perspektiven gerückt?

| Resilienz als Strategie

In einer Zeit, in der Naturkatastrophen und die Zahl der davon Betroffenen zunehmen, in der Konflikte und kriegerische Auseinandersetzungen in allen Ecken dieses Planeten auflockern und der Klimawandel droht, ist der Schutz vor Krisen, Konflikten und Katastrophen schon an sich ein hohes Ziel. Um Fortschritte auf dem Weg hin zu einer menschenwürdigeren Welt für alle zu erzielen, ist er

eine unerlässliche Vorbedingung. Viel zu lange, so scheint es, hat die Entwicklungszusammenarbeit Katastrophen als Aufgabe der humanitären Hilfe angesehen und aus dem eigenen Blickfeld verdrängt. Selbst den UN-Millenniumszielen waren sie kaum eine Erwähnung wert. Dabei ist das schlimmste menschliche Elend meist dort zuhause, wo sich soziale Spannungen und Konflikte mit zerstörerischer Naturgewalt paaren.

Es geht dabei nicht nur um große, publiciteträchtige Ereignisse. Der Alltag stellt sich für viele marginalisierte Bevölkerungsschichten oft genug als eine permanente Krisensituation dar, in der unvorhergesehene Belastungen die Existenz bedrohen und den Erfolg von Entwicklungsprojekten in Frage stellen können. So kommen viele Familien mit ihren schwierigen Verhältnissen erstaunlich gut klar, solange alle Familienangehörigen gesund sind. Wird jemand krank, müssen oft die wenigen produktiven Ressourcen wie Nutztiere, verkauft werden – mit möglicherweise verheerenden Folgen für den Überlebenskampf. Bei einer auf Resilienz ausgerichteten Entwicklungsplanung würde unter solchen Vorzeichen nicht nur das Potential der Fami-



Foto: Peter Rottach

Einfache Beispiele für „coping strategies“ und dafür nötige Ressourcen

Ressourcen	Coping strategies			
	Sammeln von Wildfrüchten	Verkauf von Holz & Holzkohle	Jobsuche in Städten	Sich Geld leihen
Natürliche	Nat. Vegetation	Vorhandensein von Bäumen	–	–
Physische	Messer, Spaten	Motorsägen, Transportmittel, Straßen	Transport	–
Finanzielle	–	Märkte, Verpackung	Evtl. Vorabfinanzierung	Geldverleiher
Menschliche	Kenntnis der essbaren Vegetation	Verhandlungsgeschick, Rechnen, Lesen	Fähigkeiten, Ausbildung	–
Soziale	In Gruppen zum Schutz und wegen Effizienz	Meist in Gruppen u. Nachbarschaftsverbänden	Unterkunft bei Verwandten	Ggfs. kommunales Sparsystem

Quelle: Peter Rottach, 2013

lien im Hinblick auf Bildung, Einkommenschaffung, Teilhabe an Entscheidungsprozessen beleuchtet, sondern es würden auch Notfallreserven aufgebaut und Krankheitsvorsorge betrieben.

Wer in der Entwicklungszusammenarbeit ein neues Projekt konzipiert, schaut üblicherweise nach den Chancen oder Potentialen, die sich in der betreffenden Region anbieten. Das brachliegende Kapital, so die Theorie, kann mittels zeitlich begrenzter Intervention freigelegt und damit eine selbsttragende Entwicklung in Gang gesetzt werden. Sofern die Rahmenbedingungen keinen Strich durch die Rechnung machen. In einer Resilienzstrategie hingegen steht das Risiko der Bevölkerung, Katastrophen oder Konflikten zum Opfer zu fallen oder zumindest Entwicklungsrückschläge zu erfahren, im Mittelpunkt.

Risikobewertung ist ein nüchterner, oftmals rückblickender Prozess. Häufig geht es darum, aus der Vergangenheit die Bedrohung und Anfälligkeit einer bestimmten Personengruppe zu ermitteln und daraus Zukunftsszenarien abzuleiten. Bei neuen oder ungleich größeren Gefahren, wie sie etwa der Klimawandel in manchen Regionen mit sich bringt, muss der neueste Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse und Vorhersagemodelle berücksichtigt werden. Am Ende stehen in der Regel Risikokarten und Basisdaten zur Verfügung, die Aufschluss geben über die geographische Verteilung besonders gefährdeter Haushalte und Kommunen, über Arten und Umfang der Bedrohungsszenarien sowie sichere Rückzugsräume und lokal vorhandene Notfallin-

frastruktur und Schutzeinrichtungen. Wird das Risiko am Anfang und Ende einer Projektintervention gemessen, lassen sich – je nach angewandter Bewertungsmethode – quantifizierbare Erkenntnisse über den Grad der Risikoreduzierung gewinnen.

| Risikominderung

Ein erster Schritt in Richtung Risikominderung sollte sein, dass Projekte der Entwicklungs- und humanitären Hilfe nicht das Gegenteil bewirken, nämlich Risiken der Bevölkerung noch weiter zu erhöhen. Diese Gefahr besteht zum Beispiel dann, wenn Viehhalter angeregt werden, eine gemischtrassige Herde durch wenige Hochleistungstiere zu ersetzen. Kommen diese Hochleistungstiere mit den natürlichen Bedingungen auf marginalen Standorten nicht zurecht, kann es passieren, dass die Familien früher oder später ohne Nutztiere dastehen und damit ihre „eiserne Reserve“ für Notfälle verlieren.

Andere Beispiele sind eine Entnahme von Grundwasser zugunsten von Bewässerungsverfahren, die mit schweren Schäden der natürlichen Flora einhergeht, oder der Bau von Straßen und anderen Infrastruktureinrichtungen in erdrutschgefährdeten Regionen. Die arme Bevölkerung profitiert in der Regel wenig von solchen Projekten, trägt aber häufig den Löwenanteil der Risiken. Die Forderung, dass sich jedes Entwicklungsprojekt einer Überprüfung unterzieht, ob es Risiken senkt oder erhöht, ist folglich keineswegs aus der Luft gegriffen.

Menschen haben zu allen Zeiten und in allen Kulturkreisen versucht, Risiken abzuschätzen und sich möglichst gut auf künftige

Widrigkeiten einzustellen. Insofern ist Resilienz tatsächlich keine neue Erfindung. Viele der traditionellen Anpassungsstrategien mögen heute nicht mehr aktuell sein oder sich – beispielsweise infolge des Bevölkerungswachstums – als schädlich herausgestellt haben. Andere können wiederbelebt und verstärkt werden. Eine Untersuchung im Auftrag der Diakonie Katastrophenhilfe unter den Afar-Nomaden Äthiopiens hat traditionelle, indigene Frühwarnsysteme identifiziert und dokumentiert, wofür überwiegend auf das Wissen der Älteren zurückgegriffen wurde. Die Ergebnisse erlauben künftigen Afar-Generationen, herannahende Dürren, Überweidung und Konflikte frühzeitig zu erkennen und ihnen auszuweichen.

| Ressourcen

Interventionen von außen zur Steigerung der Resilienz wären schlecht beraten, den betroffenen Menschen Überlebensmechanismen vorschreiben zu wollen. Aber sie können einen Beitrag dazu leisten, dass lokale Eigeninitiativen die Ressourcen zur Verfügung gestellt bekommen, die zu ihrer Umsetzung erforderlich sind. In der Katastrophenvorsorge unterteilt man in natürliche, physische oder infrastrukturelle, finanzielle, menschliche und soziale Ressourcen und setzt sie in Beziehung zu den Überlebensmechanismen (coping strategies) der Bevölkerung in einem bestimmten Gebiet (siehe Tabelle).

Manche dieser lokalen Überlebens- und Anpassungsmechanismen erweisen sich als langfristig destruktiv – so etwa der Verkauf von Holzkohle. Andere können im Rahmen von Projekten gefördert werden – zum Beispiel das Sammeln von Wildfrüchten. Dazu gibt es in Äthiopien viele Erfahrungen, besonders in Zusammenhang mit Schutzgebieten, die der Bevölkerung in Zeiten extremer Dürre als Futter- und natürliche Nahrungsergänzungsspeicher zur Verfügung stehen. Solche Projekte sind allerdings nur dann erfolgreich, wenn sie gemeinsam mit der lokalen Bevölkerung konzipiert und umgesetzt werden, und wenn diese langfristige Nutzungsoptionen erhält.

Beispiel Indonesien

Schwimmende Beete

Ein innovativer Ansatz der Anpassung an den Klimawandel

Im Rahmen von Lebensmittelkrisen auf dem afrikanischen Kontinent hat sich auch die EU-Kommission intensiv mit Resilienz beschäftigt. Sie empfiehlt ein dreigliedriges Vorgehen als Säulen einer erfolgreichen Ernährungssicherungsstrategie:

- Krisen vorhersehen durch Risikoanalysen
- Schwerpunkte auf Präventivmaßnahmen und Vorsorge
- Verbesserung der Krisenreaktion

Die Kommission betont, dass die Wurzeln von Unter- und Mangelernährung bekämpft werden müssen. Nun gehört es zum entwicklungspolitischen Verständnis vieler, dass solche Wurzeln Ausläufer bis zu uns in den wirtschaftlich entwickelten Industrieländern des Nordens vorweisen. Ob Landgrabbing, Biosprit, Lebensmitteldumping oder Treibhausgasemissionen: Meist bleibt den Armen nur eine erhöhte Anfälligkeit gegenüber natürlichen, sozialen und wirtschaftlichen Gefahren. Resilienz in Krisenregionen hat deshalb viel mit globalen Wirtschafts- und Machtverhältnissen und mit dem Lebensstil hierzulande zu tun. ||

Literatur

Communication from the Commission to the European Parliament and the Council: The EU approach to Resilience. Learning from Food Security Crises. Brüssel, 2012

Wasser ist im Inselstaat Indonesien allgegenwärtig – und immer häufiger mehr Last als Segen. Überflutung bedroht auch die Landwirtschaft. Eine Lösung könnten schwimmende Gärten sein, die sich schwankenden Wasserspiegeln anpassen.

Meeresspiegelanstieg, Sturmfluten, Tsunamis oder Flussüberschwemmungen: Aus dem ganzen Spektrum hydrologischer Gefahren ist in der einen oder anderen Ecke des riesigen Landes anscheinend immer ein Unheil anzutreffen. Und meist trifft es zuerst die Landwirtschaft. Besonders die ackerbaulichen Gunstgebiete, das heißt tief liegende Flusstäler und Küstengebiete mit fruchtbaren Schwemmlandböden, sind von zu viel Wasser infolge von Überflutung oder Versumpfung bedroht. Innovative Vorschläge sind gefragt, wie in Zukunft drohenden Ernteverlusten begegnet werden soll. Eine Lösung könnten schwimmende Gärten sein, die sich dem schwankenden Wasserspiegel anpassen. Schon die Azteken entwickelten vor 600 bis 800 Jahren in Mexiko die sogenannten Chinampas, floßähnliche schwimmende Beete, auf denen das mittelamerikanische Volk anscheinend eine höchst produktive Agrarwirtschaft betrieb.

Das asiatische Pendant dazu findet sich im Inle-See Myanmars. In dem flachen

See haben schwimmende Gärten ebenfalls eine jahrhundertealte Tradition. Bei einem Besuch vor Ort konnten sich die Leiter der von Diakonie Katastrophenhilfe und Brot für die Welt in Indonesien geförderten Klimawandelanpassungsprojekte einen Eindruck verschaffen, wie mitten im See bis zum heutigen Tag hochintensiv Gemüse, Reis und Bohnen angebaut werden. Um die Gärten anzulegen, rammen die Bäuerinnen und Bauern drei bis fünf Meter lange Bambuspfähle in den Boden und wickeln an der Wasseroberfläche dichte Seetangballen um die Pfähle. Darauf schichten sie Grassoden und füllen die so entstandenen, etwa zehn Meter langen und eineinhalb Meter breiten Plattformen mit Erde auf.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Die mit Früchten zum Bersten vollen Tomatensträucher nötigten den Gästen aus Indonesien jedenfalls große Bewunderung ab, auch wenn sie den massiven Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im Hinblick auf Trinkwasserqualität und Fischbestände kritisch kommentierten.

In Indonesien sind vergleichbare traditionelle Schwimmgärten nicht bekannt, obwohl es in vielen Talniederungen und Sumpfgebieten Möglichkeiten dafür gäbe. Lokal könnten damit zeitlich befristete Engpässe überbrückt und während guter Jahre eine profitable Marktproduktion aufgebaut werden. Die Partnerorganisationen von Diakonie Katastrophenhilfe und Brot für die Welt wollen die Erkenntnisse aus Myanmar dazu verwenden, ihre eigenen Versuche zu verbessern und an die lokalen Verhältnisse in ihren Projektgebieten weiter anzupassen.

Wie sich das entwickeln wird, kann niemand vorhersehen. Im Prinzip sind sich die Partner aber bewusst, dass sie neue, kreative Methoden brauchen, um den Herausforderungen des Klimawandels in ihrer Heimatregion gerecht zu werden. Der Schlüssel zum Erfolg muss dabei nicht immer in modernen wissenschaftlichen Labors liegen. Er kann auch in guten traditionellen Landnutzungsverfahren gefunden werden.

Peter Rottach

Foto: Peter Rottach



Reispflanzen auf einem schwimmendem Beet in Java, Indonesien.

Beispiel Äthiopien

Auf der Suche nach Wasser

Die traditionellen Überlebensmechanismen von Nomaden greifen nicht mehr



Foto: Martin Bohn

Uttu Ali Hammad lebt in der Afar-Wüste in Äthiopien, einem der heißesten dauerhaft bewohnten Landstriche dieser Erde.

Brot für die Welt und Diakonie Katastrophenhilfe.

In der Zeit, als Uttu Ali Hammad geboren wurde, zogen die Afar mit ihren Tieren bei vergleichbaren Dürren an den Awash-Fluss. Dort gab es immer Wasser, trotz Weidekonkurrenz auch etwas Gras und das Blattwerk der Bäume für das Vieh. Seit den 1960er Jahren jedoch wird den Nomaden der Zugang zum Fluss mehr und mehr verwehrt. Engmaschige Zäune schotten die bewässerten Baumwoll- und Zuckerrohrplantagen hermetisch ab.

Wie überlebt man mit nichts anderem als fünf Ziegen in einer von Dürren geplagten Halbwüste, wenn Baumwoll- und Zuckerrohrplantagen den Weg zum Fluss versperren? Der Afar-Frau Uttu Ali Hammad gelingt dieses Kunststück.

Sie träumt davon, in ihrem Dorf Saso einen kleinen Laden aufzumachen und Zucker zu verkaufen. Mit dem Erlös möchte sie ihren kargen Speiseplan aufbessern. Vom Vieh allein kann sie nicht mehr leben und ihre Abhängigkeit von externer Hilfe findet sie beschämend.

Uttu Ali Hammad ist eine Afar-Frau. Ihr Dorf liegt im Landkreis Kori in der Halbwüste des Afar-Gebietes Äthiopiens, einem der heißesten dauerhaft bewohnten Landstriche dieser Erde. Ihr Alter schätzt sie auf zwischen 40 und 50 Jahre. „Früher“, meint sie, „war alles besser. Da gab es hier eine Menge Gras und jede Familie besaß große Herden, es gab Milch und Fleisch im Überfluss.“

Heute besitzt sie nur noch fünf Ziegen. Die geben maximal zwei Liter Milch am Tag. Die Milch tauscht sie in ihrer

Nachbarschaft ein gegen Mais und Weizen, die über das soziale Grundsicherungsprogramm der äthiopischen Regierung in ihr Dorf gekommen sind. Um Lebensmittel zu erhalten, müssen die Dorfbewohner in staatlichen Wege- oder Schulbauprogrammen mitarbeiten. „Für einen Tag Arbeit“, sagt Frau Hammad, „bekommst du ein Kilo Weizen. Aber Arbeit gibt es nicht immer und nicht für alle.“ So hat sie zuletzt vor zwei Monaten eine Lebensmittelration erhalten.

| Tödliche Dürre

„Vor der letzten großen Dürre“, berichtet sie, „hatte ich noch über 100 Ziegen und Schafe. Die meisten sind außerhalb meines Dorfes, auf der Suche nach Wasser und Weide, eingegangen. Nur wenige Tiere konnte ich damals verkaufen und nur für sehr wenig Geld. Denn sie waren schlecht ernährt. Im Schnitt bekam ich weniger als 50 Birr pro Tier.“ Das sind nicht einmal zwei Euro. Zu wenig, um ausreichend Lebensmittel zu kaufen, denn die Getreidepreise waren zu der Zeit sehr hoch. Doch es gab Hilfe in der Not: „Zum Glück hat uns APDA mit Wasser versorgt. Sie haben die Zisterne, die sie vor Jahren gebaut haben mit frischem Wasser gefüllt. Das hat uns vor dem Verdursten bewahrt.“ APDA, das ist die Afar Pastoralist Development Association, ein Partner von

Die traditionellen Überlebensmechanismen der Nomaden funktionieren nicht mehr. Sie verlieren in den Trockenzeiten viele ihrer Tiere. Dabei zeigen wissenschaftliche Untersuchungen, dass über Viehhaltung und Weidewirtschaft pro Hektar der höchste Gewinn aus den flussnahen Flächen gezogen werden könnte.

Auf den langfristigen Schutz vor Klimawandel und Katastrophen angesprochen, muss Uttu Ali Hammad nicht lange über ein Rezept nachdenken: „Mindestens 100 Ziegen und Schafe, dazu Kamele und Lastesel“. Wie sich das vertragen würde mit den immer häufigeren Dürren und den schrumpfenden Weidegründen? Darauf hat sie keine Antwort. | |



Peter Rottach

ist freiberuflicher Mitarbeiter der Diakonie Katastrophenhilfe und Berater für Katastrophenvorsorge und Klimawandelanpassung.

Die Kenntnisse von Kleinbäuerinnen nutzen

Frauen müssen an der Gestaltung der Anpassung an den Klimawandel teilhaben können

| Carsta Neuenroth

Die schwache Position von Frauen in Familie und Gesellschaft bewirkt, dass sie häufig lediglich als Opfer des Klimawandels wahrgenommen werden. Dabei können sie Teil der Lösung sein – und zwar ein ganz wichtiger.

Kleinbäuerinnen und -bauern besitzen wertvolle Kenntnisse und Erfahrungen, die zur Entwicklung von Strategien zur Anpassung an Klimaveränderungen beitragen können. Frauen haben jedoch nur begrenzt Zugang zu Informationen und Ressourcen wie Land und Kredit, obwohl sie in ländlichen Kontexten eine entscheidende Rolle für die Ernährungssicherheit spielen. Ihre schwache gesellschaftliche Stellung macht es Frauen oft auch unmöglich, Entscheidungen über die landwirtschaftliche Produktion und die Nutzung von Ressourcen zu treffen. Auf diese Weise behindern fehlende Gleichstellung und Geschlechterdiskriminierung eine wirkungsvolle Anpassung an den Klimawandel.

Frauen reagieren auf den Klimawandel, wie es ihren vor Ort erworbenen Kenntnissen und ihrem Erfahrungsschatz entspricht. Ihre kleinbäuerlichen Produktionssysteme spiegeln das lokale bäuerliche Wissen wider. Frauen sind in der Regel daran interessiert, diese vielfältigen, komplexen Systeme zu erhalten, da sie auf diese Weise kostengünstig viele unterschiedliche Nahrungsprodukte für die Versorgung ihrer Familien anbauen können. Es fehlt jedoch zu häufig an unterstützender Beratung, damit Frauen Strategien entwickeln können, die noch gezielter die Anpassungskapazität auf der Grundlage ihrer bereits vorhandenen Kompetenzen stärken.

Pflanzenvielfalt, Anbau von Leguminosen zur Ernährung und Bodenpflege und organische Düngung – dies charakterisiert in vielen Regionen der Welt die häufig von Frauen geprägte kleinbäuerliche Landwirtschaft. Es ist eine Landwirtschaft mit vielen klimafreundlichen Zügen. Die Produktionsmaßnahmen, die die Frauen anwenden, können den Bodenkohlenstoffgehalt erhöhen. Manche tragen auch zur Verringerung von Emissionen bei. Die Bäuerinnen nutzen lokales Saatgut und



Foto: Christof Krackhardt / Brot für die Welt

Bäuerinnen in Peru zeigen die Kartoffelsorten, die sie anbauen. Pflanzenvielfalt ist ein Charakteristikum der häufig von Frauen geprägten kleinbäuerlichen Landwirtschaft.

Pflanzen, die extreme Bedingungen wie Hitze, Trockenheit, Kälte oder Überflutung tolerieren können. Sie bauen außerdem viele verschiedene Kulturen an, um zu verhindern, dass die gesamte Ernte verlorenght, was schnell passieren kann, wenn nur eine Kulturpflanze angebaut wird. Um die Pflanzen gegen Krankheiten und Insekten zu schützen, werden Mittel aus anderen Pflanzen und Kräutern hergestellt und ausgebracht. Und wenn die Niederschläge verspätet einsetzen, wird der Aussaattermin verschoben.

All diese Maßnahmen sind klimafreundlich und reduzieren das Produktionsrisiko angesichts des Klimawandels. Die Herausforderungen sind jedoch so beträchtlich, dass lokales Wissen allein nicht ausreicht, um die Anpassung an den Klimawandel zu meistern. Deshalb ist die Erarbeitung gezielter Anpassungsstrategien mit aktiver Beteiligung der Bäuerinnen so wichtig.

Kleinbäuerinnen nehmen Veränderungen beim Wetter und in der Umwelt wahr, die sie dem Klimawandel zuschreiben, obwohl das nicht immer der Fall ist. Klimawandel ist ein komplexes Phänomen. Ursprung und Ausmaß von Veränderungen sind häufig nur schwer zu bestimmen. Bäuerinnen brauchen

deshalb dringend Informationen, Beratung und Ausbildung, die durch Beraterinnen und Trainerinnen gewährleistet werden sollte. Landwirtschaftliche Beratung ist jedoch männlich dominiert und häufig nicht auf die Bedürfnisse von Frauen ausgerichtet.

Obwohl viele von ihnen erfahrene Bäuerinnen sind, bleiben Frauen von klimapolitischen Diskussionen und Entscheidungen sowohl auf der lokalen als auch auf höheren Ebenen ausgeschlossen. Organisation und Befähigung zur aktiven Teilnahme an politischen Prozessen sind notwendig, damit Frauen im allgemeinen und Bäuerinnen im Besonderen ihre gesellschaftlich bedingten Einschränkungen überwinden können. Klimaanpassung ist somit Teil eines umfassenden Prozesses zur Durchsetzung von Frauen- und Menschenrechten. ||



Carsta Neuenroth
ist Referentin für Gender-Politik bei Brot für die Welt.

Klimawandel und Migration

Die Folgen des Klimawandels treiben Menschen in die Flucht

| Sophia Wirsching

In den Klimaverhandlungen spielen diejenigen, die auf der Flucht vor den Auswirkungen des Klimawandels sind, bislang eine untergeordnete Rolle. Das könnte sich mit dem „Warschau-Mechanismus“, der den Blick auf Verluste und Schäden lenkt, ändern. Antworten und Konzepte zu Klimawandel und Migration müssen eng mit menschenrechtlichen Prinzipien verknüpft werden.

Seit einigen Jahren schon zeichnen die Medien Bilder von „Klimaflüchtlingen“, die sich auf den Weg machen, um in anderen Ländern Schutz zu suchen. Zahlenprognosen von 25 Millionen bis zu einer Milliarde Klimavertriebenen werden in die oft polemisch geführte Debatte eingebracht, und politische Stellungnahmen reichen vom absoluten Negieren eines Zusammenhangs von Klimawandelfolgen und Migration bis hin zum Aufruf zum Kampf gegen den „menschlichen Tsunami“.

Jenseits solcher Szenarien stellen sich sehr ernste und grundsätzliche Fragen: Wer übernimmt die Verantwortung, wenn Menschen aufgrund plötzlicher Klimakatastrophen oder schleichender Umweltveränderungen alles verlieren? Wie können Staaten und die internationale Gemeinschaft den Schutz für sie gewährleisten? Auf welcher rechtlichen Grundlage können Betroffene ihre Rechte einfordern? Wie sind Kompensationsansprüche oder Wiedergutmachung für erlittene Verluste und Schäden realisierbar?

Erst kürzlich scheiterte in Neuseeland der Versuch eines Mannes aus dem Pazifik-Inselstaat Kiribati, den Klimawandel als Asylgrund für sich und seine Familie geltend zu machen. Vor einigen Jahren schon hatte die Regierung von Tuvalu erfolglos Asyl für ihre Bevölkerung in Australien beantragt. Der Präzedenzfall des ersten Klimaflüchtlings lässt also weiter auf sich warten.

Dabei besteht dringender Handlungsbedarf. Plötzliche Überflutungen, extrem heftige Stürme, langanhaltende Dürren und Hitzewellen führen insbesondere in den sogenannten Entwicklungsländern zunehmend

häufig zu Katastrophen, die große Schäden, hohe Verluste, humanitäre Not, Vertreibung und Todesfälle bedeuten.

Auch schleichende Umweltveränderungen wie der Meeresspiegelanstieg oder die Versalzung von fruchtbarem Boden bewirken, dass sich gerade arme und marginalisierte Bevölkerungsgruppen, meist in ländlichen Gebieten, schon heute oft nicht mehr aus eigener Kraft versorgen können und sich gezwungen sehen, ihr Land zu verlassen.

Umweltdegradation und Klimawandel sind in diesen Fällen entscheidende Faktoren bei einer Migrationsentscheidung. Selten sind sie aber der einzige Grund für den Entschluss, zu gehen. Deshalb und weil es schwierig ist, Wetterkatastrophen auf den Klimawandel als Ursache zurückzuführen, bilden Prognosen über die Zahlen von Betroffenen und die verbundenen Zukunftsszenarien ein so weites Spektrum ab. Hinzu kommen die unterschiedlichen Migrations- und Fluchtmuster, die bislang eher selten das Überschreiten von Staatsgrenzen beinhalten. So ist beispielsweise nach einer kurzzeitigen Überflutung von Land oder nach Sturmschäden ein Wiederaufbau durchaus möglich. Die Vertriebenen können dann zurückkehren. Andererseits werden Lebensgrundlagen auch dauerhaft zerstört, wie im Fall des steigenden Meeresspiegels, der ganze Inselatolle verschluckt. Die Bewohner müssen dauerhaft umsiedeln. Dafür ist oftmals Unterstützung unabdingbar. Für Kinder beispielsweise oder für alte und kranke Menschen ist Migration aus eigener Kraft keine realistische Anpassungsstrategie.

| Der Warschau-Mechanismus

Die Frage nach denjenigen, die auf der Flucht vor dem Klima sind, spielt im ohnehin eher stockenden Prozess der internationalen Klimaverhandlungen bislang eine untergeordnete Rolle, weil das Phänomen schwer fassbar ist. Dennoch gibt es zwei Entwicklungen, die mittel- und langfristig doch zu tragfähigen Lösungskonzepten führen könnten.

Erstens ist das der internationale Mechanismus über Schäden und Verluste, der bei der 19. Klimastaatenkonferenz in Warschau beschlossen wurde (siehe den Artikel von Md

Foto: Zeitenspiegel / Brot für die Welt



Shamsuddoha in diesem Dossier). Der „Warschau-Mechanismus“ ist zunächst kaum mehr als Ausdruck eines Minimalkonsenses aller Verhandlungsstaaten, sich überhaupt mit der Thematik zu befassen, und muss noch mit Inhalten und Funktionen aufgefüllt werden. Doch er rückt die Frage näher nach dem Umgang mit Schäden und Verlusten, die nicht durch Anpassungsmaßnahmen an oder Vermeidung von Klimawandelfolgen verhindert werden können.

Auch „Migration und Klimawandel“ könnte hier zu einem Kernthema avancieren. Zwar geschieht es nicht immer aus einem Zwang heraus, dass Menschen in weniger von Klimafolgen betroffene Gebiete abwandern. Doch für eine wachsende Anzahl ist das Verlassen des bisherigen Lebensraumes der einzige Weg, um zu überleben. Dann kann die Migration auch nicht mehr als Anpassung verstanden werden, sondern ist eine Überlebensreaktion auf unvermeidbare Schäden und Verluste.

Der Warschau-Mechanismus schafft also Voraussetzungen dafür, Lösungen für einen angemessenen politischen Umgang mit klimawandelbedingter Vertreibung und Flucht zu entwickeln. Wichtig ist, dass die Antworten

Auf der Insel Viketawa im Pazifik standen einst Palmen und Fischerhütten. Heute leben hier nur noch Möwen und Krebse.



und Konzepte, die hier möglicherweise entstehen, eng mit menschenrechtlichen Prinzipien verknüpft werden. Denn nach dem menschenrechtlich verbrieften Gleichheitsgebot und Diskriminierungsverbot sind Staaten insbesondere auch zu Aufmerksamkeit gegenüber jenen verpflichtet, die ihre Menschenrechte nicht oder nur eingeschränkt wahrnehmen können.

Zu diesen Rechten gehören neben dem Recht auf Leben zum Beispiel das Recht auf Besitz und Eigentum, das Recht auf Gesundheit und das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das es jeder Volksgruppe erlaubt, ihr politisches System selbst zu wählen und ihre sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen selbst zu gestalten. Betroffen von der Verletzung dieser Rechte sind oft zuerst die Bevölkerungsgruppen, die unter den Schäden und Verlusten durch Klimawandelfolgen besonders leiden. Werden ihre Menschenrechte beeinträchtigt oder missachtet, muss ihnen die Möglichkeit gegeben werden, Abhilfe einzuklagen und verantwortliche Akteure zur Rechenschaft zu ziehen. Sie haben einen An-

spruch auf Schadensersatz. Auch Umsiedlungen können aus menschenrechtlicher Perspektive geboten sein.

In drei Jahren sollen Struktur und Mandat des Warschau-Mechanismus auf ihre Zweckdienlichkeit hin überprüft und bindend festgeschrieben werden. Die fehlende Bereitschaft, die Wegmarken zu einem umfassenden bindenden Klimaabkommen zu setzen, stimmt einen im Hinblick auf den Mechanismus und seine realen Möglichkeiten jedoch eher nüchtern.

| Die Nansen-Initiative

Der zweite Ansatz, völkerrechtliche Schutzbestimmungen für klima- und umweltvertriebene Personen zu etablieren, ist die Nansen-Initiative, die Ende 2011 beschlossen wurde. Getragen ist sie wesentlich vom Engagement von Walter Kälin, des ehemaligen UN-Sonderbeauftragten für Binnenvertriebene. Auch hier sind es Staaten, die zunächst auf freiwilliger Basis beigetreten und über regionale Konsultationen bemüht sind, ein gemeinsames Verständnis von Handlungsnotwendigkeiten zu entwickeln. Ziel ist es, einen internationalen Konsens und Prinzipien zu formulieren,

die die zwischenstaatliche Kooperation, Schutznormen für Betroffene und die Rolle der Humanitären Hilfe bestimmen. Die Nansen-Initiative zielt jedoch explizit auf den Schutz von Menschen, die sich in der Folge einer Naturkatastrophe über eine Staatsgrenze hinweg bewegen. Sie bezieht sich also nicht auf Binnenvertriebene, beschränkt sich dafür aber nicht ausschließlich auf durch den Klimawandel verursachte Katastrophen, sondern nimmt auch alle anderen Umweltextremereignisse, die grenzüberschreitende Flucht nach sich ziehen, in den Blick.

Die Initiative ist noch jung, eine erste regionale Konsultation hat im Pazifik stattgefunden. In Zukunft sollen den staatlichen Regional-Konsultationen Beratungen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren vorangestellt werden. In der Steuergruppe sind Norwegen, die Schweiz, Australien, Bangladesch, Costa Rica, Kenia, Mexiko und die Philippinen vertreten. Auch Deutschland ist der Initiative beigetreten. Gerade weil sie freiwillig ist und die Ergebnisse und Prinzipien vorerst nicht bindend sind, ist es überhaupt möglich, dass sich die Staaten gemeinsam über die Problematik austauschen. Dieser nicht-bindende Charakter könnte mittelfristig aber auch dazu führen, dass Staaten sich wieder aus der Initiative verabschieden, wenn sie sich nicht zu Schutzprinzipien verpflichten lassen wollen.

Ein wirklich angemessener Umgang mit klimawandelinduzierter Migration bedeutet, dass ein ehrgeiziges, faires und innerhalb des Systems der Vereinten Nationen fest verankertes internationales Abkommen verabschiedet und umgesetzt wird. Dieses internationale Klimaabkommen muss rechtsverbindliche gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortlichkeiten aller Länder umfassen. Es muss die schwächsten Bevölkerungsgruppen und vom Klimawandel Vertriebene in den Blick nehmen. ||



Sophia Wirsching arbeitet als Referentin für Migration und Entwicklung bei Brot für die Welt u.a. zu Migration und Menschenrechten im Kontext des Klimawandels.

Risikopoker

Bei den Klimaverhandlungen zeigen entwickelte Staaten, dass sie die Politik bestimmen

| Md Shamsuddoha

Die jüngste Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP 19) im polnischen Warschau war geprägt von einem bitteren Streit zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten. Im Zentrum der Auseinandersetzung stand die Frage nach der Etablierung eines institutionellen Mechanismus, der Entwicklungsländern bei der Bewältigung von Klimaschäden helfen soll.

Über die Jahre hat sich der Fokus internationaler Klimapolitik von Vermeidung hin zu Anpassung verschoben. Die Weigerung wesentlicher Verschmutzerländer, die Treibhausgas-Emissionen deutlich einzuschränken, gekoppelt mit zunehmenden Emissionen von Entwicklungs- und Schwellenländern, hat zum globalen Temperaturanstieg beigetragen. Der Bedarf nach Anpassung an die Folgen des Klimawandels wurde spätestens mit dem vierten Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) im Jahr 2007 offenbar. Sofortige Anpassungsmaßnahmen sind insbesondere für Entwicklungsländer zu einer dringlichen Notwendigkeit geworden. Verbunden ist dies mit einem steigenden Bedarf nach zusätzlichen Finanzmitteln und technologischer Unterstützung.

Weil ernsthafte Bemühungen, den Klimawandel einzudämmen, ausbleiben und die Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen unzureichend ist, entstehen zunehmend mehr permanente Schäden und Verluste an Vermögen und Eigentum, die nicht länger als vermeidbar einzustufen sind. Sie sind auch nicht durch Anpassungsmaßnahmen wettzumachen. Diese Entwicklung hatten Entwicklungsländer im Blick, als sie einen eigenständigen Mechanismus forderten, der einen Umgang mit unvermeidbaren Schäden und Verlusten entwickeln und festschreiben sollte.

Seit 2008 nehmen die Klimaverhandlungen auf beständiges Drängen der Gruppe der am wenigsten entwickelten Staaten (LDCs)



Foto: Din Mohammed Sibly

und der internationalen Zivilgesellschaft die Dimension jenseits von Anpassungsfragen in den Blick – anfangs noch sehr zögerlich, nun immer deutlicher. Auf dem 16. Klimagipfel in Cancún, Mexiko, wurde ein erstes Arbeitsprogramm über Schäden und Verluste vereinbart. Neben Fragen der Risikobewertung und des Umgangs mit den Risiken von „Loss and Damage“ sollte untersucht werden, wie Schäden und Verlusten begegnet werden könnte. Das schloss die Möglichkeit ein, einen internationalen Mechanismus dafür zu etablieren und schließlich institutionelle Regelwerke in dem neuen Klimaabkommen zu vereinbaren, das 2015 beschlossen werden soll. So zumindest lautete der vielversprechende Arbeitsauftrag der Klimaverhandlungen 2012 in Katar.

| COP 19

Beim Klimagipfel 2013 in Warschau jedoch manifestierten sich unvereinbare Standpunkte. Der Streit ging um die Frage, wie Schäden und Verluste angemessen adressiert werden. Und darum, wo der neue Mechanismus angesiedelt wird.

In den Überschwemmungsgebieten in Bangladesch kämpfen Menschen ums Überleben und versuchen sich provisorisch anzupassen: Auf der Flucht vor dem Wasser, das das Land wegschpült, transportieren sie ihre Habseligkeiten ab (oben). Die Infrastruktur vieler Gemeinschaften ist hochgradig verletztbar (unten).



„Loss and Damage“ in Bangladesch

Der vierte Sachstandsbericht des Weltklimarats (IPCC) klassifiziert Bangladesch, dessen Einwohner weltweit die geringsten Treibhausgas-Emissionen pro Kopf verursachen, als größtes Opfer des Klimawandels. Verluste und Schäden treten in Bangladesch sowohl als Ergebnis von plötzlichen Extremereignissen als auch von schleichenden Prozessen der Klimaveränderung auf.

In den Küstengebieten Bangladeschs versalzen die Böden, der Meeresspiegel steigt, Salzwasser dringt ins Land vor. Diese schleichende Klimakatastrophe betrifft immer größere Flächen. Sie reduziert die Möglichkeiten zur landwirtschaftlichen Nutzung von Land. Die Politikkonzepte und praktischen Maßnahmen in Bangladesch beziehen sich allerdings bislang lediglich auf plötzliche Katastrophen.

2007 entstanden durch zwei aufeinanderfolgende Fluten ökonomische Schäden, die sich auf etwa 1,1 Milliarden US-Dollar beliefen. Der Zyklon Sidr, der im November desselben Jahres über das Land hinweggefegt ist, kostete 3500 Menschen das Leben und verursachte Schäden in Höhe von 1,7 Milliarden US-Dollar. Das entsprach 2,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Im Mai 2009 traf der Zyklon Aila die südwestliche Küste des Landes. Er tötete 190 Menschen, verletzte mehr

als 7000 und machte über eine halbe Millionen Menschen zu Obdachlosen. Insgesamt waren 63.266 Haushalte und 316.330 Personen von Aila betroffen.

Die Schäden und Verluste, die durch Aila und Sidr verursacht wurden, haben lang anhaltende Folgen:

Weil Deiche und Dämme nicht zeitnah wieder instand gesetzt wurden, versanken zahllose Wohnhäuser, Schulen und andere Gebäude im Wasser, ebenso wie Shrimp-Farmen und Ackerland. Das gefährdete den Lebensraum vieler Menschen ganz unmittelbar und ließ die Haushaltseinkommen drastisch sinken. In der Folge der Zyklone kam es außerdem zu starker Abwanderung aus den betroffenen Regionen – teilweise nur für die Zeit der Überschwemmungen selbst, aber zunehmend auch dauerhaft, weil Betroffene ihre Haushalte auf der Suche nach Arbeit verließen. Die wachsende Lebensmittelknappheit und Preissteigerungen von Nahrungsmitteln führten zu Mangelernährung. Kinder waren gezwungen, ihre Schulausbildung abzubrechen, um Arbeit annehmen und einen Beitrag zum Haushaltseinkommen leisten zu können. **Md Shamsuddoha**

Die Vertreter der kleinen Inselstaaten (AOSIS), unterstützt von LDCs, forderten Kompensation und Wiedergutmachung. Zusammen mit Risikomanagement und Risikotransfer sind nämlich Kompensation und Wiedergutmachung ihrer Auffassung nach alternativlos und müssen in einem internationalen Mechanismus unter dem geplanten neuen Klimaabkommen verankert werden. Daher machten sie sich für die Etablierung eines solchen Mechanismus stark. Die Verhandlungen darüber sollten nach Willen der G77 und der China-Ländergruppe gleichwertig mit den Verhandlungssträngen „Vermeidung“ und „Anpassung“ sein. Demgegenüber positionierten sich Industriestaaten, geführt unter anderem von Kanada, Japan und den USA, mit der Auffassung, dass es sehr wohl möglich sei, sich unter „Anpassung“ mit Schäden und Verlusten zu befassen und Maßnahmen zum Umgang damit festzulegen.

Dementsprechend weigerten sie sich auch – allen voran Australien –, über die Etablierung eines internationalen Mechanismus zu verhandeln. Zeitweise schien es sogar, als fiel man hinter die in Katar getroffene Entscheidung zurück, ein institutionelles Regelwerk zu vereinbaren. Denn die ausschließliche Fokussierung der Industrieländer auf Anpassung brachte die Entwicklungsländer

Foto: Views from the Frontline



so sehr in Rage, dass sie die Verhandlungen unterbrachen und geschlossen den Raum verließen.

Zum Schluss jedoch ließen einige Staatengruppen, darunter die Afrika-Gruppe, die kleinen Inselstaaten und die LDCs, ihre inhaltlichen Positionen in Bezug auf Kompensation und Wiedergutmachung weitgehend fallen, um wenigstens die Struktur für einen internationalen Mechanismus festschreiben zu können. Das ist gelungen. Am Ende von COP 19 steht ein internationaler Mechanismus, der der bereits bestehenden Anpassungsplattform, dem „Cancún Adaptation Framework“, untergeordnet ist, statt ein eigenständiges Mandat zu besitzen und über Anpassungsfragen hinauszugehen. Der Warschau-Mechanismus bleibt also hinter den Erwartungen zurück. Doch zumindest soll er

in drei Jahren bei den Klimaverhandlungen im Jahr 2016 überprüft und möglicherweise inhaltlich und strukturell justiert werden.

Die dem Mechanismus zugeordneten Funktionen beschränken sich vorerst auf Vertiefung und Ausbau des Wissens über Risikomanagementansätze sowie Stärkung von Dialog, Koordination, Kohärenz und Synergien verschiedener noch nicht präzisiertes „relevanter Akteure“. Angekündigt sind intensivierte Unterstützung, einschließlich Finanzierung, Technologietransfer und Capacity Building, um mit Schäden und Verlusten umgehen zu können. Die Zuordnung des neuen Mechanismus unter das „Cancún Adaptation Framework“ bedeutet, dass verwundbare Staaten vornehmlich nationalstaatliche Antworten auf Schäden und Verluste geben müssen, während zugleich grundsätzliche Fragen nicht angesprochen werden. So zum Beispiel die Frage nach dem Umgang mit unvermeidbaren Schäden, die über Anpassungskapazitäten hinausgehen. Damit werden diese ohnehin schon verwundbaren Staaten mit der Last allein gelassen, die Schäden und Verluste allein schultern zu müssen.

Zusätzliches Einkommen

Klimaschutzprojekte mindern Emissionen und fördern Entwicklung

| Der Weg nach vorn

In Polen wurde einem Exekutivkomitee das Mandat übertragen, die Funktionen des Warschau-Mechanismus auszubuchstabieren. Aus den Verhandlungstexten gestrichene Themenkomplexe wie „Wiedergutmachung“ haben so möglicherweise doch noch eine Chance, in den Mechanismus einzufließen.

Es existiert eine Vielzahl von Praxisansätzen, um Risiken anzugehen und zu mindern, doch beziehen diese sich in der großen Mehrheit auf plötzlich auftretende Extremereignisse. Bislang gibt es keine Konzepte, um mit langsam fortschreitenden Ereignissen wie der Versauerung der Ozeane, Versalzung der Böden oder dem Verlust ganzer Ökosysteme umzugehen. Paragraph 5 a des Warschau-Mechanismus hält nun jedoch fest, dass Wissen und Verständnis umfassender Risikomanagementansätze explizit auch im Kontext von Schäden und Verlusten verbessert werden sollen, die eine Folge schleichender Klimaveränderungen sind.

Es bleibt eine wichtige Aufgabe, diese inhaltlichen Lücken zu schließen. Es geht um die Frage der Bemessung von Schäden und Verlusten auch nicht-ökonomischer Art; und auch um Umsiedlung. Diese Fragen müssen bei den kommenden Klimaverhandlungen gestellt und bearbeitet werden. Der Zivilgesellschaft kommt es zu, die politischen Führungsfiguren davon zu überzeugen, in neuen Kategorien zu denken und über Anpassung hinauszugehen. Angesichts der schwachen Bemühungen, Klimawandel zu vermeiden, werden diese Schäden und Verluste noch weit deutlicher werden und mit mehr als Anpassung aufgefangen werden müssen. Es muss einen eigenständigen Mechanismus geben, der in Ergänzung zu nationalen Anpassungsplänen stehen kann, die unter der Cancún Adaptation Plattform entwickelt werden, aber nicht unter ihnen zusammengefasst werden darf.

Übersetzung aus dem Englischen:

Sophia Wirsching



Md Shamsuddoha

leitet das Center for Participatory Research and Development in Dhaka, Bangladesch.

| Kirsten Gade

Projekte, bei denen Entwicklung und Klimaschutz Hand in Hand gehen, verringern den Kohlenstoffausstoß. Für jede Tonne eingespartes CO₂ wird den Projekten ein Emissionsminderungszertifikat gutgeschrieben. Der Verkauf solcher Zertifikate bringt Geld, das beispielsweise zur Bezahlung von Biogasanlagen genutzt werden kann. Sobald die Kosten für die Anlagen zurückgezahlt sind, fließt dieses Einkommen zusätzlich in die Familienkasse.

Suvarna aus Kottala in Südindien nutzt Biogas seit eineinhalb Jahren. Zu Beginn hatte sie noch Zweifel, ob diese neue Technologie ihr wohl nutzen könnte. Heute ist für sie die Biogasanlage nicht mehr aus ihrem Haushalt wegzudenken. Sie freut sich am meisten darüber, dass die Anlage so viel Zeit spart: kein Putzen verkohlter Töpfe mehr, kein stundenlanges Sammeln von Feuerholz und Schleppen der schweren Last bis ins Dorf. Sie muss sich auch nicht mehr darum kümmern, das Feuer ständig in Gang zu halten. Zudem geht es ihr gesundheitlich besser, weil sie keinen Rauch mehr inhalieren muss. Ihre Nachbarin Venkatamma, die seit zwei Jahren eine Biogasanlage betreibt, pflichtet ihr bei. Und erzählt, dass sie 2400 Indische Rupien – rund 33 Euro – jährlich spart, weil sie kein Holz mehr dazukaufen muss.

Dadurch, dass der Holzeinschlag nun verringert wird, tragen beide zum Klimaschutz und zur Verringerung der Erderwärmung bei. Dafür erhalten sie Kohlenstoffminderungszertifikate, deren Verkauf das Geld zur Bezahlung der Biogasanlage erbringt. Sobald die Kosten für die Anlagen zurückgezahlt sind, fließt dieses Einkommen zusätzlich in die Familienkasse. Positiv ist die Umweltbilanz auch deshalb, weil weniger Abholzung geringere Bodenerosion bedeutet.

Rund 2,7 Milliarden Menschen kochen weltweit mit Biomasse. Das Feuerholz wird



Kochen mit Biogas: gut für die Haushaltskasse, für die Gesundheit und fürs Klima. Eine Alternative dazu sind holzsparende, energieeffiziente und raucharme Holzherde.

vorwiegend von Frauen und Kindern gesammelt. Etwa zwei Millionen Menschen sterben jährlich an Krankheiten, die durch die Rauchentwicklung beim Kochen im Haus verursacht werden. Daher besteht auch aus gesundheitlichen Gründen ein besonderes Interesse an der Nutzung energieeffizienter, raucharmer Herde.

Die Biogasanlagen bestehen aus einem unterirdischen Faulbehälter, in dem aus dem gesammelten Dung von zwei oder mehr Kühen das Biogas entsteht, sowie aus einer Leitung und einem Gasherd mit zwei Brennstellen. Der bei der Biogasproduktion übrig bleibende, vergorene Dung verbessert als hochwertiger ökologischer Dünger den Ertrag der Felder.

Die Zeitersparnis durch die Biogasanlagen ermöglicht es Frauen wie Suvarna, sich zusätzliche Einkommensmöglichkeiten zu erschließen. Viele bewirtschaften eigene Land-

erwirtschaften



Foto: Haran Kumar

in Gegenden der Welt, die keinen Zugang zu regulärer Stromversorgung mit Netzanbindung haben, sondern auf dezentrale Energieversorgung angewiesen sind. Solarlampen helfen, fossilen Brennstoff wie Kerosin zu ersetzen. Familien, die solche Lampen aufgehängt haben, erfreuen sich an besserer Raumluft und fühlen sich gesünder. Die Lichtqualität ist besser und Licht nun auch in den Abendstunden verfügbar, ohne dass dafür teures Kerosin gekauft werden muss. Das ermöglicht es den Familien, Tätigkeiten wie etwa dem Nähen nachzugehen, die zusätzliches Einkommen schaffen. Kinder nutzen die Zeit am Abend nun stärker als zuvor zum Lesen und Lernen.

Um die Begleitung der Klimaschutzprojekte und die Wartung sowie Reparatur der Geräte zu gewährleisten, werden Menschen und oft insbesondere Jugendliche ausgebildet. Über ihre neue Arbeitsmöglichkeit erhalten sie eine berufliche Perspektive im Dorf und ein Einkommen. Besondere Pluspunkte dieser Art von Klimaschutzprojekten sind: Frauen beziehungsweise ihre Familien finanzieren die jeweiligen Anlagen eigenständig. Es entstehen zusätzliche Einkommen und mehr Unabhängigkeit von externer Unterstützung. Familien bringen ihr eigenes Kapital und ihre Infrastruktur in die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Region ein und nehmen aktiv an der lokalen Entwicklung sowie am Klima- und Umweltschutz teil.

Projekte, bei denen Entwicklung und Klimaschutz Hand in Hand gehen, verringern den Kohlenstoffausstoß nachweislich. Externe Gutachter und Gutachterinnen prüfen dies regelmäßig. Für jede Tonne eingesparten Kohlenstoffs wird den Projekten von einer international anerkannten Zertifizierungsstelle (dem Gold Standard oder dem Clean Development Mechanism) ein Emissionsminderungs-Zertifikat gutgeschrieben. Das kann an Menschen, Organisationen und Firmen verkauft werden, die die kohlenstoffarme Entwicklung in den Ländern des Südens und Ostens fördern wollen, indem sie eigene Emissionen mit dem Kauf von Zertifikaten ausgleichen.

Wie sinnvoll ist aber der Kauf von Emissionsminderungs-Zertifikaten? Betreiben wir damit einen Ablasshandel, damit wir ein gutes Gewissen haben? Die Devise muss hier

flächen nun selbst und sparen so die Ausgaben für Aushilfskräfte. Mit dem Dünger der Anlagen und durch die intensivere Bewirtschaftung verbessern sie die Ernteerträge. Manche Frauen nutzen die Zeit, ihr Vieh länger zu weiden, so dass die Milchproduktivität verbessert wird. Andere bauen kleine Schneidereien auf oder betreiben kleine Gemischtwarenläden.

| Holzherde und Solarlampen

Der Betrieb von Biogasanlagen erfordert allerdings Vieh. Gerade besonders arme Familien verfügen jedoch meist nicht über Tiere. Für sie gibt es aber ebenfalls die Möglichkeit, Zeit und Kosten zu sparen, ihre Gesundheit zu verbessern und durch den Beitrag zum Klimaschutz ein zusätzliches Einkommen zu erwirtschaften: im Rahmen von Klimaschutzprojekten zur Verbreitung holzsparender, energieeffizienter und raucharmer Holzherde.

Einen Beitrag zur klimafreundlichen Entwicklung leisten auch Projekte zur Nutzung von Solarlampen. Besonders sinnvoll sind sie

Klima-Kollekte: Ausgleich von CO₂-Emissionen

Die Klima-Kollekte ist ein christlicher CO₂-Kompensationsfonds, bei dem jeder Mensch, jede Organisation oder jede Kirchengemeinde klimaschädliche Emissionen kompensieren kann. Sie wurde 2011 gegründet. Gesellschafter sind Brot für die Welt, die Evangelische Kirche Deutschlands, die Forschungsstelle der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V., Misereor und das Zentrum für Mission und Ökumene – Nordkirche weltweit.

Auf der Homepage der Klima-Kollekte finden Sie einen Emissionsrechner. Damit kann berechnet werden, wie viele Emissionen ein Flug, eine Veranstaltung oder die Heizung und der Stromverbrauch in einem privaten Haushalt freisetzen. Die Klima-Kollekte bietet die Möglichkeit, diesen Betrag über Klimaprojekte der Partner von Brot für die Welt und der anderen Gesellschafter auszugleichen.

Das Besondere am kirchlichen Kompensationsfonds: Die durch die Ausgleichsbeträge finanzierten Projekte werden von kirchlichen Organisationen und ihren Partnern in Entwicklungsländern und Osteuropa durchgeführt. Begleitet werden die Projekte von den Gesellschaftern der Klima-Kollekte, umgesetzt werden sie nach dem Gold Standard. Dieser Standard stellt sicher, dass nicht nur ein Beitrag zur Emissionseinsparung, sondern auch zu einer nachhaltigen Entwicklung geleistet wird. ||

Weitere Informationen unter:
www.klima-kollekte.de

sein, zunächst unseren Lebensstil so zu ändern, dass Kohlenstoffemissionen vermieden und reduziert werden. Erst in zweiter Linie sollten Emissionen, die noch nicht vermeidbar sind, durch Projekte, die höchsten Nachhaltigkeitsstandards entsprechen, kompensiert werden. ||



Kirsten Gade
ist Referentin für Klimaschutz und Emissionshandel bei Brot für die Welt.

Ein kohlenstoffarmes Indien in einer Welt des Klimawandels

Anregungen für ein neues Entwicklungsparadigma

| Nafisa Goga D'Souza

Indien leidet unter den Folgen des Klimawandels, trägt aber mit seinen Emissionen auch selbst zur Klimakrise bei. Bei deren Lösung kann das Land eine wichtige Rolle spielen, wenn es einen kohlenstoffarmen Entwicklungspfad einschlägt.

Laut einer globalen Studie über Verwundbarkeit durch den Klimawandel ist Indien ein Land mit hohem Risiko. Ein Großteil der Bevölkerung ist von dem Ökosystem abhängig, in dem sie lebt. Die Gebiete mit Regenfeldbau zum Beispiel machen 75 Prozent der gesamten Anbaufläche aus. Berichte von Bauern aus den meisten Regionen Indiens zeigen, dass sie immer weniger in der Lage sind, die Wetterbedingungen vorauszusehen. Das beeinträchtigt den gesamten Zyklus von Aussaat und Ernte. Die Trockenperioden haben zugenommen, die Regenzeiten lassen sich nicht mehr klar absehen. Es kommt zu plötzlichen Überflutungen oder zu unerwarteten Dürren. Die mangelnde Vorhersagbarkeit des Wetters hat das Ökosystem durcheinandergebracht, auf dessen Grundlage die Bauern seit Jahrhunderten überlebt haben.

Darüber hinaus hat Indien eine lange Küstenlinie von 7512 Kilometern. Laut Schätzungen würde ein Anstieg des Meeresspiegels um einen Meter mehr als sieben Millionen Menschen heimatlos machen und die Süßwasservorkommen gefährden. Der Klimawandel betrifft aber auch die Bergregionen: Dreiviertel der Gletscher im Himalaja schmelzen laut Statistiken der Indischen Weltraumforschungsorganisation ISRO ab. Für die 500 Millionen Menschen, die in den Einzugsgebieten der Flüsse Ganges und Indus leben, wird nach 2030 in den Sommermonaten voraussichtlich das Wasser knapp. Die Waldökosysteme leiden darunter, dass der Waldbestand schwindet. Stammesgemeinschaften werden ihrer Lebensräume beraubt und die ganze Nation verliert wertvolle Quellen zur natürlichen Kohlenstoffbindung.



Andererseits ist Indien nach China und den USA der drittgrößte Emittent von Treibhausgasen. 2009 hatte Indien den drittgrößten Energiebedarf der Welt – nach China und den USA und noch vor Russland. Wie die Weltenergieprognose (World Energy Outlook) 2011 gezeigt hat, hat sich Indiens Energiebedarf zwischen 1990 und 2009 fast verdoppelt: von 319 Millionen Tonnen Rohöleinheiten (RÖE) auf 669 Millionen. Mit einer wachsenden Wirtschaft und einer Bevölkerung von 1,24 Milliarden Menschen, die nach einer besseren Lebensqualität streben, ist ein solcher Anstieg unausweichlich.

Indien ist ein Land mit zwei Gesichtern: Häuser wachsen in die Höhe, Autobahnen durchziehen das Land, Einkaufszentren und neue Flughäfen schießen aus dem Boden, die Industrialisierung schreitet rasant voran, die Konsumkultur gerät außer Kontrolle. Auf der

anderen Seite leidet jede vierte Person in Indien an Hunger, jede dritte Frau ist unterernährt und anämisch und jedes zweite Kind untergewichtig. Diese Ungleichheit wird durch Entwicklung hervorgerufen und durch Umweltzerstörungen verstärkt. Die indische Bevölkerung verbraucht fast die doppelte Menge an natürlichen Ressourcen, wie sie das Land nachhaltig zur Verfügung stellen kann. Und auch hier wird die Polarisierung von Wirtschaft und Gesellschaft deutlich: Der ökologische Fußabdruck der reichsten Inder (0,01 Prozent der Bevölkerung) ist 330 Mal größer als der der ärmsten 40 Prozent der indischen Bevölkerung. Mehr als 80 Prozent der Inder leben unter dem aktuellen Durchschnittseinkommen von 150 Indischen Rupien, also etwa 1,75 Euro, pro Person und Tag.

Indien ist ein Land mit zwei Gesichtern:
Industrialisierung und Konsumkultur auf der
einen Seite, bittere Armut auf der anderen.



Foto: Juanlu Sánchez (CC BY-NC-SA 2.0)

Die Vision einer kohlenstoffarmen Gesellschaft umsetzen

Das Wirtschaftswachstum führt nicht zu einer gerechten Verteilung der Ressourcen. Ein humaner Entwicklungspfad würde bedeuten: ganzjährige Ernährungssicherheit, angemessene Unterkünfte, Zugang zu Personenverkehr und Elektrizität, gute Krankenversorgung und Bildung sowie Zugang zu einer Grundversorgung, die ein Leben in Würde erlaubt. Doch dazu müsste der gegenwärtige Entwicklungspfad kritisch überprüft werden, und zwar von unten nach oben, aus der Sicht der Mehrheit der indischen Bevölkerung. Ein Überleben für alle ist mit einem kohlenstoffarmen Entwicklungspfad möglich – wenn erkannt wird, dass es Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums gibt.

Die Vision einer kohlenstoffarmen Gesellschaft ist für uns in Indien eine Möglichkeit, weitreichende Entscheidungen zu treffen: Die Entwicklungsgrenze muss so festgelegt werden, dass sie das Wohl aller Bürgerinnen und Bürger gewährleistet und den Zugang zu Ressourcen sicherstellt, die die grundlegenden Bedürfnisse abdecken können. Menschenwürdiger Wohnraum muss in kulturell angemessener und ökologisch nachhaltiger Art und Weise bereitgestellt werden. Gleichzeitig gilt es aber auch, innerhalb des für Indien zulässigen Kohlenstoff-Budgets zu bleiben. Dazu muss die Ausrichtung der Politik in vielen Bereichen überdacht werden: Energieerzeugung und -konsum, nachhaltiges industrielles Wachstum, Transport, Wohnen etc.

Indiens gegenwärtiger Energiepfad ist ehrgeizig und hängt stark von Wärmekraftanlagen ab. Jedoch deckt die erzeugte Energie nicht die Bedürfnisse derer, die sie am meisten benötigen würden. Das eröffnet zahlreiche Möglichkeiten:

- Ungefähr die Hälfte der Bevölkerung Indiens hat keinen Zugang zu Elektrizität. Das bietet Chancen, bei Entwicklung und Einsatz neuer Technologien im Zusammenhang erneuerbarer Energien Produktgenerationen zu überspringen.
- Der Transportsektor ist der zweitgrößte Energiekonsument nach Industrie und Wirtschaft. Allerdings haben ein Viertel aller Dörfer keine vernünftige Straßenanbindung und mehr als die Hälfte der Bevölkerung hat nur begrenzten Zugang zum öffentlichen Transport. Das macht es möglich, unsere Transportpolitik zu überdenken und sie in städtischen und ländlichen Gebieten in Richtung energieeffizienter Massentransportsysteme zu entwickeln, nichtmotorisierte Transportformen eingeschlossen.
- Gebäude sind bereits für über 30 Prozent des landesweiten Elektrizitätsverbrauchs verantwortlich. 70 Prozent der Gebäude, die voraussichtlich 2030 in Indien benötigt werden, werden jedoch erst noch gebaut – eine große Chance für energieeffiziente Systeme. Und auch dafür, von kohleintensiven Energiequellen für die Stromerzeugung wegzukommen.
- Mehr als die Hälfte der indischen Bevölkerung lebt nicht in festen und dauerhaften Unterkünften. Der Bedarf an nachhaltigen Gebäudetechnologien ist also sehr hoch.

Angesichts der großen Zahl erneuerbarer Energiequellen wie Solartechnik und Biomasse hat Indien vielfältige Möglichkeiten, um die Energiebedürfnisse der Menschen, die bisher keinen Zugang dazu haben, zu erfüllen. Große, zentral kontrollierte Energiesysteme müssen durch einfach zugängliche, lokal verwaltete und praktikable Initiativen ersetzt werden. Rücksichtsloser Energiekonsum muss abgeschafft und langfristig Energiegerechtigkeit verwirklicht werden.

Im globalen Vergleich gehört Indien mit einem CO₂-Fußabdruck von 1,8 Tonnen pro Person im Jahr 2011 zu den klimafreundlichen Ländern. In China etwa beträgt der Pro-Kopf-Ausstoß von Kohlendioxid 6,6 Tonnen, in der Europäischen Union 7,3 Tonnen, in den USA 17,2 Tonnen jährlich. Die Kohlenstoffbilanz der ländlichen Armen in Indien liegt sogar bei weniger als einer Tonne pro Haushalt. Doch der „Entwicklungs“-Imperativ gibt Anlass zur Sorge über die zukünftige Energieerichtung des Landes.

Die Industrieländer üben Druck auf Indien aus, seine Emissionen drastisch zu reduzieren. Dabei haben sie selbst ihren fairen Anteil am Kohlenstoffbudget schon deutlich überzogen. Das Gebot der Stunde ist es, sich die Hände zu reichen und Länder wie Indien darin zu unterstützen, einen Zustand wirtschaftlichen Wohlergehens zu erreichen – und gleichzeitig Anreize für eine Transformation zu einem kohlenstoffarmen Entwicklungspfad zu schaffen. Die Aufgabe ist also eine doppelte. Falls Indien eine „nachhaltige Entwicklung“ innerhalb eines kohlenstoffarmen Entwicklungspfades nicht gelingt, ist die internationale Gemeinschaft genauso schuld daran wie die indische, dass sie ihrer Verantwortung für eine bessere gemeinsame Zukunft nicht nachgekommen ist.

Übersetzung aus dem Englischen:

Ulrike Schumacher



Nafisa Goga D'Souza
ist Vorsitzende des Indian Network on Ethics and Climate Change (INECC) mit Sitz in Visakhapatnam und Direktorin von LAYA.

Internationale Flugemissionen

Über den Wolken darf die Freiheit nicht grenzenlos sein



Foto: Alexandra H. / pixelio.de

Der Anteil des Luftverkehrs an der globalen Erwärmung beträgt rund fünf Prozent. Bis zu 14 Prozent macht er aus, wenn neben dem CO₂-Ausstoß noch andere klimaschädliche Effekte in die Berechnung einbezogen werden.

Mitstreiter. Die diplomatische Einschüchterung blieb nicht ohne Folgen. Die EU stand schließlich mit dem Rücken zur Wand und kam aus der diplomatischen Misere nur noch mit einer Verzweigungstat ohne Gesichtsverlust heraus: dem „stop the clock“-Übereinkommen.

Für die Dauer eines Jahres hielt die EU im Herbst 2012 mit diesem Übereinkommen die Uhr für die Einbeziehung internationaler Flüge in den Emissionshandel an. Und verknüpfte damit Bedingungen: Bei der Vollversammlung der Luftfahrtorganisation der Vereinten Nationen (ICAO) im September 2013 müsse für die Regulierung der internationalen Emissionen eine globale Lösung geschaffen werden. Sollte dies gelingen, werde man von einem regionalen Alleingang Abschied nehmen. Andernfalls werde die Uhr der EU wieder laufen und somit die internationalen Flugemissionen in den EU ETS aufgenommen werden. Die Absichten der EU wurden von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen gestützt: Man wollte konkrete Schritte in Richtung eines internationalen Abkommens, um die Flugemissionen zu reduzieren. Eine weitere Verzögerung bis 2020 wollte man jedoch auf keinen Fall akzeptieren.

Genau dies musste die EU dann aber doch einstecken: Die Mitgliedsstaaten der UN-Luftfahrtorganisation ICAO einigten sich Anfang Oktober 2013 zum Abschluss der 38. Vollversammlung darauf, bis 2020 ein marktbasierendes System für die Regulierung der internationalen Flugemissionen einzuführen. Nach Dekaden der ergebnislosen Verhandlungen zur Regulierung der internationalen Flugemissionen wurde dieses Ergebnis als Durchbruch gefeiert, auch wenn es wieder eine Zeitverzögerung ist.

Bis zur nächsten ICAO-Versammlung 2016 hat die Staatengemeinschaft nun Zeit, ein globales, marktbasierendes System zu entwickeln, auf dessen Grundlage die Airlines ihren CO₂-Ausstoß reduzieren sollen. Wahrscheinlich werden sich viele Bremser und

| Sabine Minninger

Im Jahr 2008 hat die Europäische Union beschlossen, den Flugverkehr ab 2012 in den Europäischen Emissionshandel aufzunehmen. So sollte das Weltklima durch die Regulierung der Flugemissionen entlastet werden. Doch die EU sah sich einer breiten Ablehnungsfront gegenüber. Ihr Versuch, die internationalen Flugemissionen im Alleingang zu regulieren, ist bis auf weiteres gestoppt.

Das seit 2005 bestehende European Union Emissions Trading System (EU ETS) hat sich bis zum 1. Januar 2012 auf Industrieanlagen und Kraftwerke innerhalb der EU beschränkt. Ab diesem Zeitpunkt sollten laut einer EU-Richtlinie sämtliche Flüge, die in der EU starten oder landen, einbezogen werden. Die Richtlinie galt auch für nicht-europäische Airlines.

Wäre dieses System verwirklicht worden, wäre es weltweit das erste gewesen, das sich der Flugemissionen annimmt. Ein international bindendes Regime zur Emissionsreduktion des rasant zunehmenden Flugverkehrs existiert bislang nicht. Die mit dem Vorhaben

verbundenen Klimaschutzziele waren allerdings bescheiden: In der ersten Periode (2012) sollten die Emissionen um drei Prozent, in der zweiten Periode (ab 2013) um fünf Prozent verringert werden, berechnet auf Basis des Treibhausgas-Ausstoßes der Jahre 2004 bis 2006. Das hätte lediglich dazu geführt, dass sich die Flugemissionen auf hohem Niveau einpendeln. Dennoch hat sich das System weltweit keine Freunde gemacht.

Stattdessen formierte sich weltweit Widerstand. Die USA, China, Indien und rund 40 weitere Länder sprachen sich gegen die Einbeziehung der Flugemissionen in den EU-Emissionshandel aus: Das System sei wettbewerbsverzerrend. Sie seien nicht gewillt, sich daran zu beteiligen, da Belastungen in Millionenhöhe auf sie zukämen. Die EU könne mit härtesten Konsequenzen rechnen, sollte sie von ihrem Vorhaben nicht ablassen. Selbst Hillary Clinton, damals Außenministerin der USA, hat sich von Gegnern des europäischen Wegs vor den Karren spannen lassen: In einem Brief an die EU drohte sie 2012 Gegenmaßnahmen an, sollte die EU an der Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel festhalten.

Das einzige Klimaschutzregime weltweit, das versucht hat, Flugemissionen zu regulieren, fand also nur Feinde und keinen einzigen

Blockierer dafür einsetzen, dass nur ein Kompensations-System entwickelt wird. Die Airlines hätten dann die Möglichkeit, sich freizukaufen. Sie könnten billige CO₂-Zertifikate aus Entwicklungsländern kaufen, statt die eigenen Flugemissionen zu reduzieren. Die bessere Lösung wäre ein globales Emissionshandelssystem mit klaren Emissionsobergrenzen und ohne die Möglichkeit, sich von Verpflichtungen freizukaufen.

Die Möglichkeit, zu kompensieren, sollte nur auf dem freiwilligen Markt angeboten werden, wo verantwortungsvolle Flugreisende gerne ihre Emissionen ausgleichen möchten, indem sie in gute und damit auch teure Kompensationsprojekte investieren. Es ist davon auszugehen, dass im Rahmen der ICAO-Verhandlungen Kompensationszertifikate eine Rolle spielen könnten, die nicht wirklich CO₂ einsparen und zudem soziale Probleme bis hin zu Menschenrechtsverlet-

zungen im globalen Süden nach sich ziehen könnten.

Ein Beispiel dafür, dass man Fluggesellschaften im Hinblick auf den Zertifikatskauf nicht trauen kann, ist die Lufthansa. Im Jahr 2012 hat sie 740.000 Verschmutzungsrechte gekauft. Fast 90 Prozent davon stammen aus dubiosen Projekten aus Russland und der Ukraine und die restlichen Zertifikate aus Industriegasprojekten. Solche Industriegaszertifikate sind im EU-Handelssystem inzwischen verboten. Die Lufthansa hat diese Zertifikate noch schnell gekauft, obwohl schon bekannt war, dass die EU sie bald verbieten möchte, weil die Umwelt- und Sozialintegrität nicht gewährleistet ist. Kein einziger Cent ist in Klimaprojekte mit hoher Umwelt- und Sozialintegrität in Entwicklungsländern geflossen. Dabei sollten Kompensationsprojekte doch

den armen Ländern helfen, eine nachhaltige Entwicklung anzustoßen.

Bis 2016 werden die Zivilgesellschaften aufmerksam verfolgen müssen, was hinter den Kulissen des ICAO-Prozesses entwickelt wird. Ohne die ernsthafte Reduktion der internationalen Flugemissionen wird es unmöglich sein, die globale Erwärmung auf unter zwei Grad Celsius zu begrenzen. Die enormen Wachstumsraten im Flugsektor fressen alle bisherigen, eher halbherzigen Reduktionsanstrengungen auf. Daher muss die ICAO ein robustes Instrument schaffen, das tatsächlich Emissionen reduziert. ||



Sabine Minninger
ist Referentin für Klimapolitik
bei Brot für die Welt.

Anzeige

WELT-SICHTEN

MAGAZIN FÜR GLOBALE ENTWICKLUNG UND ÖKUMENISCHE ZUSAMMENARBEIT

Das Magazin für alle, die mehr wissen wollen.

- Weltwirtschaft und Entwicklungspolitik
- Klimawandel und Umweltschutz
- Friedensfragen und die Rolle der Religionen

WELT-SICHTEN analysiert, hinterfragt, erklärt und macht neugierig. Die Zeitschrift bringt Reportagen, Berichte und Interviews über die Länder des Südens und über globale Fragen – jeden Monat direkt ins Haus.

Testen Sie uns!

Kostenloses Probe-Abo unter www.welt-sichten.org oder
Telefon 069-58098-138



- sachlich
- kritisch
- gründlich

Dieses Dossier ist eine Beilage zur Ausgabe 2-2014 von welt-sichten.

Konzept und Redaktion: Sabine Minninger und Ulrike Schumacher (Brot für die Welt), Anja Ruf (im Auftrag von welt-sichten)

Gestaltung: Silke Jarick, Angelika Fritsch

Verantwortlich i.S.d.P.:
Thomas Sandner (Brot für die Welt)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Redaktion „welt-sichten“
Postfach 50 05 50
D-60394 Frankfurt/Main
www.welt-sichten.org

Bestellung bei:
vertrieb@brot-fuer-die-welt.de,
Artikelnummer 129 5 0163 0



Hoffnung säen.

Alefa Soloti lebt in Malawi, einem Land, das durch den **Klimawandel** häufig unter Dürren leidet. Damit sie trotzdem genug erntet und ihre Familie ernähren kann, unterstützt sie Brot für die Welt mit angepasstem Saatgut und verbesserten Anbaumethoden.

Helfen Sie helfen!



Mitglied der
actalliance

Spendenkonto:
DE10100610060500500500
www.brot-fuer-die-welt.de

Brot
für die Welt